

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72.

Dienstag, den 29. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Herrschaft der Scharmacher in der Sozialpolitik.

II.

Die Ausdehnung der Versicherungspflicht bleibt in engen Grenzen; auch unter der neuen Reichsversicherungsordnung werden nicht alle Arbeiter und Angestellte der Sozialversicherung angehören und von einer Erbfürsorge der Kranken- und Invalidenversicherung auf Selbständige, Handwerker, Kleinbauern u. a., wird abgesehen. Nur auf Diensthöfen, landwirtschaftliche Arbeiter, Hausgewerbetreibende und Gelegenheitsarbeiter, für die bisher die Krankenversicherungspflicht nur durch Ortsstatut oder Landesgesetz begründet werden konnte, wird die reichsgesetzliche Krankenversicherung ausgedehnt.

Die Unfallversicherung erfährt nur eine kleine Erweiterung des Kreises der ihr unterstellten Versicherten.

Unverändert bleibt die unzulängliche Invalidenversicherung, nur soll hier die sogenannte Zusatzversicherung eingeführt werden, an der sich zu beteiligen aber in das Ermessen der Versicherten gestellt ist. Für jede Mark Beitrag zur Zusatzversicherung erhöht sich die Invalidenrente um so viel mal 2 Pfennig, als seit der Entlassung des Beitrags Jahre verfloßen sind. Wer z. B. 31 Jahre lang monatlich 1 Mark für Zusatzversicherung leistet, wird nach Ablauf der 31 Jahre eine um 119 Mark erhöhte Invalidenrente beziehen können. Es wird damit gerechnet, daß durch die Zusatzversicherung größere Kreise des selbständigen Mittelstandes von dem Recht der Teilnahme an der Invalidenversicherung Gebrauch machen werden. Dagegen bringt der Entwurf keine Erhöhung der Invalidenrente, noch eine Erleichterung in den Voraussetzungen für den Bezug von Invaliden- und Altersrente. Invalidenrente soll auch in Zukunft nur gewährt werden, wenn die Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel geschwunden ist, und die Altersgrenze erst nach Vollendung des 70. Lebensjahres. Diese Bestimmungen des geltenden Rechts werden aufrecht erhalten, trotzdem erwiesen ist, daß eine große Anzahl Versicherter trotz faktischer Arbeitsunfähigkeit hierbei überhaupt nicht zu einer Invalidenrente gelangt und daß die Zahl der Altersrentner ständig abnimmt, weil ein großer Teil der Arbeiter, die das 70. Jahr erreichen, nicht instande ist, die Versicherung bis zu dieser Zeit aufrecht zu erhalten.

Die Hinterbliebenenversicherung, die das Brückstück der neuen Reichsversicherungsordnung ist, bleibt auf dem Standpunkt absoluter Unzulänglichkeit des ersten Entwurfs stehen, trotzdem dem Volke nun schon seit vier Jahren durch die Wucherzölle, die 1902 beschlossen und seit 1. März 1906 erhoben werden, ungeheure Summen zugunsten der Steuer abgenommen worden sind. Von den vielen Millionen, die angeblich aus diesen Zöllen für die Witwen und Waisen des Proletariats fließen sollten, mit deren Sicherstellung das Zentrum seine Zustimmung zum Wuchertarif vor seinen Arbeiterwählern rechtfertigen wollte, sind erst 42 Millionen in der Reichskasse aus dem Jahre 1907; die Jahre 1906 und 1908 haben überhaupt keine Überschüsse für diese Zwecke gebracht, für 1909 sind zwar 40 Millionen als voraussichtliche Einnahme eingestellt worden, „ob aber am Jahreschlusse überhaupt etwas zu vereinnahmen sein wird, läßt sich nicht übersehen“ verkündet recht vorsichtig die Begründung. Die Witwen und Waisen sollen mit Bettelpfennigen abgeholfen werden. Nach einer vom Reichsamt vorgenommenen Berechnung wird die Durchschnittsrente (bei Verteilung der Versicherten auf die einzelnen Lohnklassen nach der tatsächlichen Beitragsentrichtung aus dem Jahre 1907 und bei Annahme einer Arbeitsfähigkeit des Versicherten für 34 Jahre) für die invalide Witwe 117,60 Mk. jährlich, also rund 32 Pfg. täglich betragen. Der Durchschnittsbetrag der Renten für vier Waisen im Alter von unter 15 Jahren wird 150 Mark jährlich betragen, für jedes Kind also ungefähr 10 Pfg. täglich. Waisenrenten allein dürfen nie die Höhe der Invalidenrente übersteigen, die dem Vater zugestanden hätte, und Witwen- und Waisenrente zusammen dürfen nicht mehr als das anderthalbfache der Invalidenrente betragen. In der Begründung ist viel davon die Rede, daß vorgebeugt werden muß, daß Witwen und Waisen durch den Tod des Ernährers eine unbillige Verbesserung ihrer Lage erfahren. Unbillige Verbesserung der Lage bei Waisenrenten von 10 Pfennig und weniger täglich! Man hat die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung häufig eine verbesserte Armenpflege genannt, für die Bezüge aus der Hinterbliebenenversicherung wäre diese Bezeichnung ein ungerechtfertigtes Lob, denn sie sind geringer als das, was die Armenpflege leisten muß.

Die Reichsversicherungsordnung bringt in den schon bestehenden Zweigen der Arbeiterversicherung nirgends eine

Erhöhung der Leistungen, vielmehr in der Unfallversicherung, worauf wir hier nicht näher eingehen können, sogar auch neben anderen Verschlechterungen solche in den Leistungen, und auf dem neuen Gebiete der Hinterbliebenenversicherung bleiben die Leistungen hinter den bescheidensten Erwartungen weit zurück. Was hier geboten wird, verdient den Namen einer Fürsorge auf keinen Fall. Es wird nur geboten, weil nach den vielen Versprechungen etwas geschehen muß und damit Regierung und bürgerliche Parteien nicht allen Kredit bei den ihnen noch anhängenden Arbeitern verlieren.

Ganz bedeutungsvoll sind aber die Verschlechterungen, die der Entwurf der Arbeiterversicherung aufbürden will. Die Aufhebung des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten in der Krankenversicherung haben wir schon erwähnt und auch das Zurückweichen der Regierung vor dem Verlangen der Unternehmer, den Arbeitern auch nicht einmal die Scheinkonzession einer Beteiligung an der Festsetzung der Unfallrente zu gewähren. Diesen Verschlechterungen gesellen sich solche auf dem Gebiete der Rechtsprechung hinzu. In dem Verfahren der unteren Instanzen wird in vielen Fällen die Beweislast zugunsten der Verletzten diesen aufgebürdet und das Revisionsmittel des Rekurses wird beseitigt und durch die Revision ersetzt. Damit wird die Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse in Unfallrentenprozessen dem Reichsversicherungsamt entzogen und die Verletzten sind in diesem Punkte ganz auf die Obergerichtspräsidenten angewiesen, deren Vorgänger, die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, sich auch nach der Begründung des Entwurfs ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt haben. Und nicht einmal die Revision soll immer möglich sein, sondern für zahlreiche Fälle ausgeschlossen werden.

Mit seinem jetzigen Inhalt ist der Entwurf der Reichsversicherungsordnung für die Arbeiter unannehmbar. Er ist auf sozialpolitischem Gebiete gerade so eine Verhöhnung des Verlangens nach Ausbau der Versicherung wie auf politischem Gebiete die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung. Es gilt jetzt, alle Kräfte anzuspannen, um an Verbesserungen durchzusetzen, was nur irgend möglich ist. Das wird schwierige und langwierige Arbeit erfordern, aber sie muß geleistet werden. Bei den Vorberatungen sind die Arbeiter nicht zu Worte gekommen oder über ihre Wünsche ist hinweggegangen worden. Im Parlament und seiner Kommission müssen die Vertreter der Arbeiter sich jetzt Gehör mit ihren begründeten Anträgen auf Verbesserungen verschaffen. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung wollen mit der beschäftigten Eile, mit der jetzt die Reichsversicherungsordnung behandelt werden soll, erreichen, daß sie, die mit der Verantwortung für die Reichsfinanzreform und mit der das Volk verhöhrenden preussischen Wahlrechtsvorlage belastet sind, nicht mit gänzlich leeren Händen im nächsten Jahre vor die Wähler treten. Sorgen wir dafür, daß sie dem Volke wirklich etwas Brauchbares aufweisen können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Portoreform.

Der Haupteinwand der Regierungen gegenüber allen Wünschen auf Portoreform ist bekanntlich immer der bei der „gegenwärtigen ungünstigen Finanzlage“ unmöglich zu ertragende und sicher zu erwartende Einnahmeausfall. Wie verkehrt solche Einwendungen sind, dafür liefert Arndt Jürgensohn in einem Werk über „Weltportoreform“ (Verlag Liebheit u. Thießen, 6,50 Mk.) interessante Beispiele. Einige davon mögen hier Raum finden:

Postmeister Stephan lehnte beharrlich die Herausgabe des einfachen Briefgewichts von 15 auf 20 Gramm ab, weil „deswegen kein einziger Brief mehr geschrieben würde“, also ein reiner Ausfall von 4—5 Millionen Mark entstände, während in Wirklichkeit diese 12 Millionen Mark Reform sofort eine Mehreinnahme von 12 Millionen Mark brachte. — In Neu-Seeland wurde am 1. November 1906 das inländische einfache Briefgewicht von 1/2 Unze auf 4 Unzen erhöht und der auf mehr als 25 436 Pfund Sterling berechnete Ausfall betrug schon im ersten Jahre nur 1088 Pfund Sterling.

Ein ungekehrtes Beispiel: Der Preis der Ortspostkarte wurde 1906 in Deutschland von 2 auf 5 Pfg. erhöht, was 12 Millionen Mark mehr einbringen sollte. Ihr Verbrauch ging aber um 25 Proz. zurück und ergab nur 4 bis 5 Millionen Mark. — Ebenso ergab die Heraushebung der Zeitungsbeilagegebühr von 1/4 auf 1/2 Pfg. binnen 1 1/2 Jahren eine Verkehrsabnahme um 30 Proz. — Die deutsche Fahrkartensteuer brachte statt der berechneten 46 Millionen Mark im zweiten Jahre nur 19 1/2, im dritten Jahre gar nur 17 1/2 Millionen Mark Mehreinnahme, dank Abwanderung in die unteren Klassen und relativem

Rückgang des Verkehrs. Die Stempelsteuer für Automobile bringt auch jetzt erst 1 1/2 Millionen Mark statt des bereits für sofort berechneten Betrages von 3 Millionen Mark.

Der Berliner Bezirk (mit 3 Millionen Einwohnern) vereinbarte an Porto usw. über 103 Millionen Mark, d. h. zirka 3000 Mk. auf jeden Beamten, die acht Bezirke Bromberg, Danzig, Frankfurt a. O., Gumbinnen, Königsberg, Köslin, Posen, Stettin (mit 8 1/2 Millionen Einwohnern) zusammen nur 44 Millionen Mark, d. h. etwa 1000 Mk. auf jeden Beamten. Von der Gesamteinnahme der Reichspost (557 Millionen Mark 1907) entfielen allein auf die 38 Großstädte 257 Millionen Mark = 46 Proz.

Wenn im Inlande, unter Außerachtlassung des Rentabilitätsprinzips, die Großstädte, also Handel und Industrie, die Gebühren aufbringen, von deren Ertrag die Gesamtorganisation auch für die übrigen unrentablen Landesteile aufrechterhalten wird, dann ist doch gewiß zu verlangen, daß auch im Auslandsverkehr, zugunsten von Handel und Industrie, der Gesichtspunkt der Rentabilität an zweite Stelle gerückt wird.

Die „geistigen Waffen“ unserer Gegner.

Der Wahlkampf im Kreise Necko-Lyck & Johannisburg ist in vollem Gange. Die Konservativen, die sich stets über die Kampfweise der Sozialdemokraten entrüsten, nehmen zu den schändlichsten Mitteln Zuflucht. So werden unsere Flugblattverteiler von konservativen Staatsstößen nicht nur beschimpft und mit körperlicher Nüchtlung bedroht; auch die Flugblätter werden ihnen gestohlen. In einem Dorfe hatten unsere Genossen einen Wagen mit den Flugblättern der Obhut eines Knaben anvertraut. Als sie nach kurzer Zeit zurückkehrten, waren die Flugblätter vom Wagen verschwunden. Unsere Genossen entdeckten aber den Dieb und nahmen ihm die Beute ab. Wie sie feststellten, war der Gemeindevorsteher (!) Johann Speck aus Sulzlin der Dieb. Gegen den Mann sowie gegen andere konservative Heiden ist Strafantrag gestellt worden.

Über die Reichsfinanzreform

fallen die „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ folgendes Urteil:

„Der objektive Beurteiler finanziellen Geschehens, dessen Blick durch Parteigeist und Parteinteressen nicht getrübt ist, wird diese Lösung bedauerlich finden müssen. Die große nationale Aufgabe fand kein Geschlecht, das ihr gewachsen war. Schon nach der ganzen Struktur fehlt dem ganzen Bau eine feste und einheitliche Grundlage. Die gewählten Steuern, Kinder eines launischen Augenblicks, sind mechanisch nebeneinander gestellt, ohne organische Verbindung. Vor allem läßt die Reichsfinanzreform den sozialen Ausgleich auf dem Gebiete der direkten und indirekten Steuern, die Bilanzierung zwischen Aufwand- und Besitzsteuern vermissen. Was auf diesem Gebiete geleistet war, ist das Ergebnis politischer Scheinrände, getragen von der Abneigung agrarisch gerichteter Interessen gegen Handel, Industrie und mobiles Kapital. Der Ausgleich als wirksame Steuerreform für den Grundbesitz fehlt. Noch erheblicher aber erscheinen die steuertechnischen Mängel, die durchaus erklärlich sind, wenn wir uns an die Überhastung der Steuervorläge erinnern. Es wird darauf der Finanzchronist nur mit Mißbehagen und unbefriedigtem Gefühl auf diese Stappe deutscher Finanzgeschichte zurückblicken können.“

Der Verfasser dieses Artikels ist nicht genannt. Umso mehr ist anzunehmen, daß das Urteil die Auffassung der Herausgeber der Zeitschrift widerpiegelt, nämlich der Professoren Conrad-Halle, Loening-Halle, Leitz-Göttingen und Waentig-Halle.

Ein Ring der Bürgermeister.

Wie die „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins“ meldet, soll, entgegen den Erklärungen eines Regierungsvizeleiters in der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses, ein Ring der Bürgermeister gegen die Ortszulagen der Volksschullehrer bestehen. Eine Versammlung von Bürgermeistern, die unter Vorsitz des Bürgermeisters von Höchst in Wiesbaden tagte, hat sich dahin festgelegt, daß für Höchst, Biebrich und Griesheim nur Ortszulagen von bestimmter Höhe zu gewähren seien, daß aber in allen anderen mittleren und kleineren Städten und in größeren Landgemeinden überhaupt keine Ortszulagen gegeben werden. Das Protokoll dieser Vereinbarung ist von den Bürgermeistern von Höchst und Unterliederbach abgefaßt und unterzeichnet und sämtlichen beteiligten Bürgermeistern zugestellt worden. In der Versammlung waren mit Ausnahme von Frankfurt, Wiesbadens und einer der Städte fast sämtliche beteiligten Gemeinden Nassaus vertreten. Der Antrag, außer Höchst, Griesheim und Biebrich überhaupt keine Ortszulagen zu bewilligen, wurde mit

allen gegen die Stimmen von Kronberg und Oberursel gefaßt, und auch diese sind nach der Abstimmung dem Beschlusse beigetreten. Die Folge ist gewesen, daß alle Gemeindefürer der Lehrer auf Ortszulagen abgelehnt haben und Griesheim und Höchst nur solche in mäßiger Höhe bewilligten.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Nach Ostern wird der Reichstag zunächst das Gesetz über die Reichsbesteuerung, das Beamtenhaftpflichtgesetz und einige kleine Vorlagen erledigen. Das Arbeitsplanergesetz hält man in Regierungskreisen deshalb für gefährdet, weil die Kommission die technischen Beamten mit in das Gesetz eingeschlossen hat. Der Versuch, das Kassengesetz noch vor Eintritt der Ferien zu verabschieden, dürfte vergeblich sein. Man rechnet damit, daß die Session schon Ende April, spätestens aber in den ersten Tagen des Mai bis zum Herbst vertagt wird.

Bierkrieg in Unterbaden.

Die Biersteuererhöhung führt nun auch in Baden zur Erhöhung des Bierpreises. Die vereinigten Brauereien verlangen einen Aufschlag von 2,50 Mk. pro Hektoliter. In Karlsruhe und Heidelberg haben die Wirte den Aufschlag akzeptiert und bringen das Glas (1/10) um 2 Pf. höher zum Ausschank. In Mannheim hat sich eine Einigung zwischen Brauerei und Wirten geschlossen. Die Wirte wollen in einen Aufschlag von 2 Mk. pro Hektoliter einwilligen, aber den Konsumenten einen Aufschlag von 5 Mk. abnehmen. Durch einen auf die Dauer von zehn Jahren gültigen Vertrag sollen die Brauereien dafür sorgen, daß das Bier nur noch durch Wirte und Flaschenhändler bezogen werden kann. Regierender an Baden und bei Sommerfesten der Vereine soll es nicht mehr geben. Die Vorschläge wurden von den Brauereien abgelehnt, worauf die Wirte die Verhandlungen abbrachen. Am 1. April wollen nun die Brauereien den Aufschlag von 2,50 Mk. von den Wirten verlangen, sobald von diesem Zeitpunkt ab in allen Städten und Ortschaften Unterbadens und der vorderen Pfalz der Bierkrieg entbrennen wird. Die Vertrauensleute der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei nehmen eine abwartende Stellung ein.

Selbstverwaltung für Samoa.

Die Pflanzler in Samoa haben an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in welcher sie bitten, der Kolonie die Selbstverwaltung zu gewähren. Sie weisen darauf hin, daß die Kolonie Selbstverwaltung hatte, ehe die deutsche Flagge gehißt wurde und daß diese Selbstverwaltung den Vorzug der Billigkeit hat. Außerdem beschwerten sich die Pflanzler über verschiedene Anordnungen des Gouverneurs, namentlich auf dem Gebiete der Verteilung der Steuern.

Bethmanns politische Träumereien

werden schon wieder einmal durch die rauhe Wirklichkeit ad absurdum geführt. Wie die blutigste „Simplizissimus“-Satire auf das Kanzlerwort: „Wir haben keine Parteilagerung“ liest sich die folgende Bekanntmachung, die umflüht in Kraupischken und in den umliegenden Ortschaften zirkulierte:

„Bekanntmachung.“

Am Freitag, dem 4. März, vormittags 10 Uhr: Versammlung des konservativen Vereins im Hotel Meyer-Kraupischken. Bericht des Reichstagsabgeordneten Grafen Ranitz und des Landtagsabgeordneten Gottschalk. Vorträge über die politische Lage. Es werden alle reicheren denkenden Männer gebeten, dieser Versammlung beizuwohnen. Der Gemeindevorsteher im Auftrage des Herrn Amtsvorstehers, Kraupischken.

Wie es die obersten Bürokraten und die mittleren, die Herren Landräte, machen, so machen's auch die letzten Ausläufer des Verwaltungsapparats. Aber eine Parteilagerung haben wir nicht, bewahre! Herr v. Bethmann träumt es, und darum ist es wahr!

Nationalliberale Zwinegel.

Das Treiben der Nationalliberalen in der preussischen Wahlrechtsfrage wird mit jedem Tage widerwärtiger. Immer mehr treten in der nationalliberalen Presse die Forderungen nach einem direkten, wirklich geheimen Wahlrecht und nach Neueinteilung der Wahlkreise zurück, während das Verlangen nach Beseitigung der Bezirksdrittteilung in den Vordergrund aller kritischen Betrachtungen gerückt wird.

Das Bestreben der Nationalliberalen läuft also darauf hinaus, den vielen Sämlingen des schwarzen Blockprodukts noch eine neue nationalliberale Infamie hinzuzufügen, und die letzten Fäden zu zerschneiden, durch die vielleicht doch ein wirklicher Volksvertreter in die sogenannte preussische Volksvertretung gelangen könnte.

So wird jetzt in der „Magdeb. Zig.“ ausgerechnet, daß auf Grund des reformierten Dreiklassenwahlgesetzes neun, ja und ichreibe neun Sozialdemokraten in das 443 Sitze zählende Abgeordnetenhaus gelangen könnten. Es ist nicht ersichtlich, auf welcher Grundlage das nationalliberale Blatt zu dieser ganz unwahrscheinlich hohen Ziffer gelangt ist. Statt nun aber weiter zu folgern, daß ein Wahlgesetz, das die stärkste Partei des Staates auf neun Sitze beschränkt — während sie nach gleichem Wahlrecht weit über 100 haben müßte — eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit sei, wird umgekehrt den Konservativen ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie diese neun Sitze der Sozialdemokratie „ausliefern“ wollen.

Tatsächlich würde die Verbindung der schwarzen Blockreform mit dem nationalliberalen Vorschlag der Gemeindeviertelung die Wirkung haben, daß die sechs Sozialdemokraten, die jetzt im Abgeordnetenhaus sitzen, wieder hinausfliegen würden. Die Nationalliberalen, die auf einen solchen Endeffekt der „Wahlreform“ hinarbeiten, sind jedenfalls nicht klüger und auch nicht liberaler als der schwarze Block, sie treiben direkte Katastrophenpolitik.

Ein Teil der Partei Baffermanns legt es geradezu darauf an, im Wettlauf mit dem Zentrumshafen den

Swinegel zu spielen, der, dank seiner Täuschungskünste, immer zuerst am reaktionären Ziel ankommt.

Die Schuld des Großgrundbesitzes.

Wenn wir die fortlaufenden Klagen der Agrarier über die Leutenot anhören müßten, haben wir mehr als einmal darauf hingewiesen, daß die tatsächlich bestehenden Mißstände auf die Schuld der Großgrundbesitzer selbst zurückzuführen sind, die sich weigerten, ihren Arbeitern eine menschenwürdige Existenz zu schaffen. Dieser unser Einwand hat jedesmal eine empörte Abweisung in der konservativen Presse zur Folge gehabt, und umso größer ist unser Erstaunen, jetzt in der „Schles. Zig.“, einem Agrarierblatt größter Garnitur, billige Zustimmung zu unseren Behauptungen zu finden. In einem Artikel des Blattes heißt es:

„Der deutsche Großgrundbesitz ist von der Schuld an der traurigen Gestaltung der ländlichen Arbeitsverhältnisse nicht völlig freizusprechen, er hat sich den veränderten Zeitverhältnissen nicht rechtzeitig angepaßt und sich zu einer nennenswerten Erhöhung der Arbeiterlöhne und Verbesserung der sonstigen Lebensverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter erst entschlossen, als die meisten das Land bereits verlassen und sich den Städten und Industriegebieten zugewendet hatten. Als Entschuldigung für diese Verläumdung mag die frühere, durch die Caprivische Handelspolitik herbeigeführte Notlage der Landwirtschaft gelten. Jetzt bei günstigen Erwerbsverhältnissen der Landwirtschaft ist es Pflicht des Großgrundbesitzes, den früher begangenen Fehler wieder gut zu machen. Geht der Großgrundbesitz mit festem Willen und Beharrlichkeit heran an das große Werk der inneren Kolonisation, der Wiedergewinnung und Seshafmachung unseres im Schwinden begriffenen deutschen Landarbeiterstandes, so wird er nicht bloß seine eigene Existenz wieder auf eine sichere Grundlage stellen, und seine einflußreiche Stellung behaupten, die ihm nach der geschichtlichen Entwicklung und seinen Leistungen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Wissenschaft und Technik zukommt, sondern er würde auch allmählich die bäuerlichen Besitzer aus der Gefährdung befreien und in deren Herzen die vielfach schon erschütterte Liebe zum Berufe und zur ererbten Scholle wieder befestigen, er würde ferner den Arbeitsverdienst von Hunderttausenden von Landarbeitern, der jetzt größtenteils dem Auslande zufließt, der deutschen Volkswirtschaft erhalten und dadurch Handel und Gewerbe beleben, und er würde schließlich der Entdeutschung des deutschen Vaterlandes Halt gebieten und sich dadurch den Dank aller Patrioten erwerben.“

Es ist in den Kreisen der Landarbeiter schon oft festgestellt worden, daß der Sunker dem ausländischen Arbeiter mitunter ein Tagelohn zahlt, den er dem heimischen niemals gewähren würde und insoweit trifft der Artikelschreiber der „Schles. Zig.“ den Nagel auf den Kopf. Sein Jugendsündenbuch von den gegenwärtigen „günstigen Erwerbsverhältnissen“ in der Landwirtschaft ist richtig, denn diese Begünstigten waren es, die sich erst kürzlich vor den neuen Steuern drückten und diese Steuern dem Mittelstand und dem Proletariat aufpackten. Auf der einen Seite Kiszeneinnahmen, gesteigerte Renten und Erhöhung des Besitzwertes — auf der anderen schäblichste Löhne für den Arbeiter und angeborene Steuern, das ist ein Bild vom ostelbischen Großgrundbesitz, wie wir es immer gezeichnet haben und wie es jetzt von kundiger Seite eine unerwartete Bestätigung erfährt, die wir unseren Genossen auf dem Lande zur aufmerksamsten Beachtung und weiteren Verbreitung empfehlen.

Herr Stresemann auf Entdeckungswegen.

Herr Stresemann hat sich, damit der Ruhm seines Namens in den Parlamentsferien nicht rostig, auf Entdeckungswegen begeben, und siehe da, er entdeckte, daß die Stellung der deutschen Diplomatie, wie bei der Garde S. M. nahezu nur mit Abtügen besetzt werden. Er machte von dieser überraschenden Neugierigkeit in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ Mitteilung und erhielt hierauf von der „Nordd. Allg. Zeitung“ eine Antwort, die sich die Nationalliberalen kaum auf den Hut stecken dürften. Das Kanzlerblatt schrieb nämlich unter anderem:

Daß der Adel auch heute noch in unserer Diplomatie eine sehr große Rolle spielt, ist unbestreitbar. Das ist in der historischen Entwicklung begründet und wird sich nur langsam ändern. Kein Unbefangener wird auch erwarten, daß darin von heute auf morgen eine radikale Änderung eintreten kann. Im großen und ganzen liegen die Dinge bei uns nicht anders als in anderen monarchischen Staaten.

Wenn die nationalliberalen Aufsichtsräte heute klüßern nach den Stellungen in der Diplomatie schwachten, so konnte ihnen das Kanzlerblatt mit Recht den Preis vorhalten, mit dem ihre Ausschließung vom Diplomatendienst belohnt wird: den „monarchischen Staat“. Die nationalliberale Clique, die die deutsche Diplomatie unentwegt dem persönlichen Regiment ausgeliefert hat, hat das Recht auf Klage verwirkt, wenn dieses persönliche Regiment die Stellungen bei der hohen Diplomatie mit seinen nächststehenden Sunkern besetzt. Herr Stresemann und seine Parteifreunde unterließen es bis heute, eine Demokratisierung der Diplomatie anzustreben, sie erstreben — nur Trinkgelber. Das ist auch der Sinn der letzten „demokratischen“ Regierung des Stresemann.

Das Wahlrechtskompromiß steht fest.

Die konservative „Schlesische Zeitung“ untersucht die Möglichkeit in der Frage der Wahlrechtsvorlage, den Freikonservativen entgegenkommen zu zeigen. Das Blatt kommt dabei zu dem Schluß:

Es steht nach den bisherigen Verhandlungsergebnissen fest, daß eine Möglichkeit, die Wahlrechtsvorlage zu verabschieden, nur dann besteht, wenn an dem Kompromiß mit der Zentrumspartei festgehalten wird. So gern also auch die Konservativen bereit sein möchten, den Freikonservativen weiter als es geschehen ist, entgegenzukommen, so streng müssen sie dabei die Grenzen des Kompromisses inne halten, um die Vorlage nicht schließlich doch noch zu gefährden.

Das elende Nachwerk wird also Gesetz!

Gegen das Hausarbeitsgesetz.

Am 5. April wird in Berlin eine Besprechung von Industriellen und Regierungsvertretern stattfinden, an der auch einige Reichstagsabgeordnete teilnehmen, um sich mit dem neuen Hausarbeitsgesetz zu befassen. Die Zusammenkunft, die im Reichstagsgebäude stattfindet, hat ohne Zweifel den Zweck, gegen das Hausarbeitsgesetz Stellung zu nehmen. Die Unternehmer in denjenigen Gebieten

Deutschlands, in denen die Heimarbeit in großem Umfang existiert, haben sich so an die maßlose Ausbeutung der Heimarbeiter gewöhnt, daß sie befürchten, auch bei einem ganz minimalen Schutz einen Teil ihres Profites einzubüßen. Ganz speziell sind es die großen Spielwaren-Exporteure im sächsischen Erzgebirge, die ihren Profit gefährdet sehen und deshalb alles aufbieten werden, um das Hausarbeitsgesetz so unwirksam als nur möglich gestalten zu lassen.

Frankreich.

Die Kammer begann am Sonnabend die Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die Ausschließung strafrechtlich Verurteilter aus der Armee des Mutterlandes und ihre Einreihung in afrikanische oder Spezialbattalione. Berichterstatter Raibert wies auf die Notwendigkeit der Vorlage hin und führte aus, die Ursache für die Zunahme der militärischen Kriminalität und der Desertation beruhe zum Teil in der Straffreiheit der antimilitaristischen Propaganda. Artikel 1, der den Ausschluß solcher Personen aus der Armee vorseht, die wegen Spionage bestraft sind, wurde angenommen. Faures protestierte gegen die Entsendung in Spezialbattalione von solchen Militärschuligen, die zu weniger als drei Monaten Gefängnis verurteilt sind.

Rußland.

Ein Mordurteil. Das Militärgericht in Noworossijsk verurteilte wegen bewaffneter Aufstandes sieben Angeklagte zum Tode und vierzehn zu Zwangsarbeit. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Das Gericht beschloß, um Strafmilderung nachzusuchen.

Schweden.

19 sozialdemokratische Stadtverordnete in Stockholm. Die diesjährige Stadtverordnetenwahlen Stockholms haben nun mit der Wahl im 6. Kreis abgeschlossen. Die Auszählung der Stimmen ergab, daß in diesem Kreise von 2854 sozialdemokratischen Wählern 2917 Stimmen, von 1089 freisinnigen Wählern 18789, und von 676 konservativen Wählern 16046 Stimmen abgegeben waren. Gewählt sind im 6. Kreise vier Sozialdemokraten, zwei Liberale und zwei Konservative. Das Endergebnis der Wahlen ist, daß von den 50 Mandaten, die diesmal zur Wahl standen, die Sozialdemokraten 16 erhalten haben, die Liberale 12, die Konservativen 22. Von den 16 Sozialdemokraten sind 2 wiedergewählt und 14 neugewählt. Unsere Genossen haben den Liberalen 8 Mandate, den Konservativen 6 abgenommen. Im ganzen haben für die sozialdemokratischen Listen 15188 Wähler gestimmt mit 160707 Stimmen, für die Liberale 8240 Wähler mit 142206 Stimmen, für die konservativen Listen 10424 Wähler mit 281283 Stimmen. Im Durchschnitt kommen auf jeden konservativen Wähler 24 Wahlstimmen, auf jeden liberalen Wähler 17, auf jeden sozialdemokratischen Wähler nur 10 1/2 Wahlstimmen. Hätte die große Wahlrechtsreform auf kommunalem Gebiet statt der Herabminderung der hundertgradigen auf das vierziggradige Wahlrecht, die Wahlrechtsgleichheit gebracht, würde die Sozialdemokratie fast ebenso viele Mandate erhalten haben, wie die beiden bürgerlichen Parteien zusammen. In Stockholms Stadtparlament sitzen nun außer den 50 neugewählten 50 Vertreter, die noch nach dem hundertgradigen Stimmrecht gewählt sind. Von ihnen gehören 3 der Sozialdemokratie an, die also jetzt 19 Sitze inne hat, 31 den Konservativen und 16 den Liberalen. Diese Hälfte des Stadtparlaments wird im nächsten Jahre neugewählt, und da werden unsere Parteigenossen jedenfalls dafür sorgen, daß eine noch größere Zahl von Vertretern der kapitalistischen Parteien den Vertretern der Arbeiterschaft weichen muß. Frauen sind, da die Frauen nicht nur als Wählerinnen, sondern zum ersten Male auch als Wahlkandidaten auftreten konnten, zwei gewählt. Außer unserer Parteigenossin Fräulein Mansson im 4. Kreise, für die alle sozialdemokratischen Wähler stimmten, wurde im 5. Kreise Fräulein Palmgren gewählt als siebenter Kandidat der Konservativen. Sie stand ursprünglich an fünfter Stelle auf der konservativen Liste; ihr Name war auf vielen Stimmzetteln gestrichen, so daß sie bei der Auszählung auf die siebente Stelle rückte. Da jedoch die Konservativen in diesem, die wohlhabendsten Stadtteile umfassenden Kreise 7 Kandidaten durchbrachten, während die Sozialdemokraten sich mit einem, die Liberale mit zwei Vertretern begnügen mußten, konnte sie glücklich noch hineinschlüpfen ins Stadtparlament.

Griechenland.

Die Militärliga wird im Hinblick auf Unruhen, die sich in allen Kreisen nach Bekanntgabe ihrer Beschlüsse bemerkbar gemacht haben, das an das Volk zu richtende Communiqué nicht so scharf fassen, wie erst beabsichtigt, und vor allen Dingen den Hinweis auf ihr erneutes Eingreifen unterlassen. Es gilt nunmehr als ziemlich sicher, daß der König die Botschaft über die Einberufung der Nationalversammlung nicht verlesen, sondern sie in der Regierungzeitung veröffentlichen wird, was am Mittwoch geschehen soll. Ob die Kammer nach der Nachsitzung geschlossen wird, weiß man noch nicht. Dragumis hofft noch alle Budgetdotierungen unter Dach und Fach zu bringen, trotzdem sein Budget mit einem Defizit rechnet und große Mißstimmung hervorgerufen hat. Der Kammerchef ist aber dringend notwendig, um Komplikationen zu verhüten.

Abessinien.

Thronwechsel. Wie aus Adis Abeba, dem Hauptort des christlichen, aber nichtsdestoweniger sehr wenig zivilisierten „Kaiserreich“ Abessinien gemeldet wird, haben infolge der schweren Krankheit des Negus Menelik die Hauptlinge der Schoanerkämme sehr radikale Maßregeln getroffen, um keinerlei Intrigen der Kaiserin Taitu aufkommen zu lassen. Taitu mußte den Palast verlassen. Die Hauptlinge schworen dem Thronfolger den Treueid. Nach einer anderen Meldung soll der Taitu noch am Ruder sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 20. März

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Aber die Wanten der Firma Lorkuhl in Kücknitz (Zwischenmeister Mädel und Vehrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort annehmen.

Trinkt kein Lützenburger Wein und Schnaps! Weil sich die Brauereiarbeiter der Firma D. H. Voll, Lützenburg, organisiert haben, wurden sie ausgesperrt. Arbeiter meiden das Bier und den Schnaps des Herrn D. H. Voll, Lützenburg.

Von den Bebel-Büchern, die im Parteisekretariat bestellt wurden, ist immer noch eine Anzahl nicht abgeholt worden. Wir ersuchen die Besteller, im Laufe der nächsten Tage die Bücher in Empfang zu nehmen. widrigenfalls wir genötigt sind, sie anderweitig abzusetzen.

Eine wichtige Frage für proletarische Mütter. „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!“ An dieses Wort sollen die proletarischen Mütter sich vor allem jetzt erinnern, wo die Entlassung der Kinder aus der Schule erfolgt ist. Will die Arbeiterschaft die Wucht ihrer Sturmkolonnen stärken, so muß sie immer an der Arbeit sein, um fortwährend neue Kämpfer zu gewinnen. Dabei kann sie sich nicht nur auf die Erwachsenen beschränken. Viele, vielfach in altüberlieferten Anschauungskreisen aufgewachsen, sind schwer oder gar nicht neuen Ideen zugänglich. Es kann niemand seine ihm in einem halben Menschenalter aneignete Überzeugung so leicht über Bord werfen. Deshalb muß jede Klasse, die für ihre Interessen kämpft, ihre tägliche Werbearbeit auch auf den jungen Nachwuchs lenken. Die bürgerlichen Parteien haben das längst erkannt. Nicht genug, daß der Staat die Jugend in den Volksschulen für die bürgerlichen Parteianschauungen drückt, diese Parteien haben es immer verstanden, dadurch die schulentlassene Jugend in großen Scharen hinter ihre Fahnen zu bringen.

Dem konnte das Proletariat lange Jahre hindurch nur wenig entgegensetzen. Es mußte erst für seinen Klassenkampf freie Bahn schaffen, die Massen der Erwachsenen organisieren, den Feinden eine geschulte, allzeit kampfbereite Armee entgegenstellen. Heute, wo die Partei eine Dreimillionenarmee mußert, findet sie Zeit und hat sie die pädagogischen Kräfte, um ruhige Erziehungsarbeit zu leisten. Eine Erziehungsarbeit, deren gute Früchte in der Zukunft reifen.

Der Nürnbergger Parteitag beschloß, daß im ganzen Reich Jugendauschüsse gegründet werden sollten, um die arbeitende Jugend zu sammeln und im Geiste einer freien Weltanschauung zu erziehen. Die Ausschüsse sind auch an der Arbeit, die heranwachsende Jugend zu bilden, zu schulen, sie den christlichen Jugendvereinen zu entreißen. Es wurden Jugendorganisationen gebildet, in verschiedenen Städten zudem Jugendheime gegründet, in denen der Lehrling, der jugendliche Arbeiter, die junge Arbeiterin, ein Heim und eine Bildungstätte finden.

Zur Beförderung und zum Schrecken der Gegner wächst und blüht die junge Garde kräftig heran; sie blüht trotz der Anstrengungen der Feinde. Die Polizei arbeitete vergeblich mit allerhand Schikanen, um die Organisationen auszulöschen, die Gefährlichkeit mit allen nur zu wohlbekannten Mitteln bei der Jugend und den Eltern, um den kirchlichen Einfluß auf das Volk aufrechtzuerhalten.

Die Mütter müssen deshalb die Kinder den Veranstaltungen unserer Jugendbewegung zuführen; besonders die Kinder, die jetzt mit Eltern die Schule verlassen. Sie wurden durch die Schule in vielen Punkten mit bösen, volksfeindlichen Anschauungen verblendet. Je schneller diese Vorurteile weichen, um so schneller wird aus dem Nachwuchs ein freies, starkes Geschlecht, aus dem vor allem starke Kämpfer für unsere Partei hervorgehen.

Frauen und Mütter! Erfüllt deshalb eure Parteipflicht und führt die Kinder unserer Jugendbewegung zu!

Das diesjährige Osterfest war namentlich am ersten Tage vom Wetter außerordentlich begünstigt. Warmer Sonnenschein lagte auf die neuwachsende Natur hernieder und umwob Flur und Hain mit goldigen Glanz. Die Zahl der Ausflügler, welche den Tag zu einer kleinen Exkursion in unsere prächtige Umgebung benutzten, war sehr groß. Die Straßenbahn nach Hroensdorf konnte kaum alle Fahrgäste befördern. Auch die Promenaden am Kanal und die Alleen waren von Spaziergängern dicht besetzt. Am Montag nahmen feuchte Niederschläge begrifflicher Weise manchen Leuten die Lust ins Freie zu gehen. Das Neue Stadttheater war an den Festtagen gut besucht. Auch die Lehrlingsarbeiten-Ausstellung in der Hauptturnhalle, sowie eine Kaninchen-Ausstellung in der Haupt-Halle waren das Ziel vieler Schaustügler. Im Gewerkschaftshaus erfreute sich sowohl der Unterhaltungsabend des Turnhallenbauvereins als auch der Ball des Gesangsvereins „Eintracht“ starken Zuspruchs.

Zahlung der Fahrradabgabe. Die nach dem Gesetz vom 18. März 1899, betreffend die Herstellung und Unterhaltung von Radfahrwegen, jährlich im Voraus zu entrichtende Fahrradabgabe für das Jahr — 1. April 1910 bis 31. März 1911 — ist in der Zeit vom 1. bis 15. April d. J. an den Verkäuferten vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr an der Kasse des Polizeiamts (Wengstraße 41) zu zahlen. Die Abgabe — 3 Mk. — wird auch schon jetzt in den vorerwähnten Geschäftsstunden entgegengenommen. Etwaige Anträge auf Ermäßigung der Abgabe auf 1 Mk. (§ 5 des zweiten Nachtrages vom 12. Februar 1908 zu dem Gesetz vom 18. März 1899) sind ebenfalls jetzt zu stellen unter Vorlegung des Einkommensteuerzettels.

Die Wahrheit über die Rentenblätter. Der Landwirtschaftslehrer Josef Winkler aus Lübeck hat in deutschen landwirtschaftlichen Vereinen Vorträge gehalten über „Anfiedlung in Schleswig-Pommern einst und jetzt“. Aus den Mitteilungen deutscher Durrablätter über diese Vorträge entnimmt „Hörsburg-Blatt“ folgendes sicher nicht uninteressante Material: Die Zeit zwischen der Annahme eines Grundstückes und seiner Fortgabe an Rentenhofbesitzer währt durchschnittlich ein bis zwei Jahre. Alle Kosten (sog. Niederlassungszuschuß), die zum Teil ziemlich hoch sind, werden zur Kaufsumme geschlagen. So entsteht der sog. Anfiedlungswert, der beim Verkauf der einzelnen Rentenhöfe eingebracht werden muß. Zu diesen Anfiedlungszuschüssen kommen außerdem die Vermessungskosten, die Sachkosten, die die Generalkommission verlangt, der zum Teil ziemlich bedeutende Kursverlust, die Kosten von der ersten Ausstattung des Rentenbesitzers mit dem notwendigen Dünger, Saatgut, Pflanzgut usw., was glücklicherweise beim Verkauf gedeckt werden muß. Endlich kommt hinzu die sog. Niederlassungsentwässerung des Anfiedlungsvereins, die von der Generalkommission festgesetzt wird und die man ansehen muß als eine Entschädigung für ihre Arbeit, Kosten für Geschäftslokale, Gehalt der Funktionäre, Schreibutensilien, Gehalt für den Vorstehenden und den Geschäftsführer, Reisekosten usw.) und für das Risiko usw. — Die Leute müssen bemerkt „Hörsburg-Blatt“ hierzu, mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht sehen, daß die preussischen Staatspächter mit ihren Rentenhöfen hineingefallen sind. Erst kauft man teuer von den bisherigen Eigentümern, dann kommen alle Ausgaben hinzu, die der

deutsche Lehrer da nennt, und alles das soll der Käufer verzinsen und abtragen, und außerdem sitzt er in einer unfreien Stellung unter ständiger Aufsicht. Die Rentenhofbesitzer, die das Eigentum durch die neue Ansiedlungskommission erhalten, haben dann noch den Vorteil, daß sie außer allen den anderen Unkosten noch Kontor, Licht und Heizung, Gehalt usw. sowie die Dividende für diese Gesellschaft bezahlen müssen, so daß sie noch etwas schwieriger daran sind als die anderen. Offensichtlich wird diese Aufklärung über die Rentenblätter denen, die Lust haben, solche zu erwerben, zur Warnung dienen.

Von der Kochischen Werft. Donnerstag fand die Hauptversammlung der Schiffswerft von Henry Koch, Aktiengesellschaft, statt, in der die Zusammenlegung von 5 fünf Aktien zu drei vorgenommen werden sollte. Die Werft hatte schon im Vorjahre, also dem Jahre der Umwandlung der Werft in eine Aktiengesellschaft, mit einem Verlust von 183 213 Mk. gearbeitet. Dieser Verlust war auf 1909 vorgetragen worden. Die Unterbilanz liegt 1909 noch um weitere fast 22 000 Mark, so daß heute 205 000 Mark verloren sind. Dabei ist aber kein Pfennig für Abschreibungen übrig geblieben. Vorstand und Aufsichtsrat schlugen daher vor, das Aktienkapital von 1 Million Mark auf 600 000 Mk. herabzusetzen, um einmal die Unterbilanz los zu werden und ferner auch Abschreibungen in Höhe von 104 907 Mk. vornehmen und weiter 60 000 Mk. als Reservefonds und 30 092 Mk. als Spezialreservefonds zurückstellen zu können. Die Werft baut gegenwärtig im Auftrage einer neugegründeten Dockgesellschaft ein neues großes Dock, wozu man große Vorteile für die Werft erhofft. Sie wird dann auch die größten nach Lübeck kommenden Schiffe docken können. Die Hauptversammlung, auf der 825 Aktien vertreten waren, genehmigte den Geschäftsbericht und die Bilanz und stimmte auch der Herabsetzung des Aktienkapitals in der beantragten Höhe einstimmig zu. Ferner wurde der Vorstand und Aufsichtsrat ermächtigt, das neue große Dock der Dockgesellschaft entweder anzukaufen oder aber zu mieten, um es dauernd wirtschaftlich mit der Werft zu verbinden. Wie mitgeteilt wurde, bewegt sich das Geschäft auf der Werft wieder in normalen Bahnen. Gegenwärtig sind verschiedene größere Neubauten in Angriff genommen, an denen eine erhebliche Anzahl Arbeiter beschäftigt sind. Wie es heißt, sind noch verschiedene weitere Schiffsbauten in Bestellung gegeben, so daß wahrscheinlich in diesem Jahre die Werft wieder voll beschäftigt sein wird. Das ist sehr erfreulich.

Der indirekte Steuerraub.

Es ist durch indirekte Steuer belastet:

- Jedes Pfund Salz mit 6 Pfg. Steuer
- Jedes Viertel Kaffee mit 10 Pfg. Steuer
- Jedes Viertel Tee mit 13 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Zucker mit 7 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Kakao mit 10 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Gewürze mit 25 Pfg. Steuer
- Jedes Pack Streichhölzer mit 15 Pfg. Steuer
- Jedes Liter Petroleum mit 6 Pfg. Steuer
- Jedes Achtel Braantwein mit 6 Pfg. Steuer
- Jedes Liter Bier mit 5 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Tabak mit 59 Pfg. Steuer.

Das alles verdanken wir den bürgerlichen Parteien.

Güterrechtsregister. Am 26. März 1910 ist bezüglich der Ehe des Landmannes und Gastwirts Heinrich August Louis Fricke und Sophie Dorothea Glise geb. Ahrens in Niederbüllau eingetragen: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhals ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, auszusprechen.

Turnhallen-Verein. Der am 1. Oftertage im Gewerkschaftshause abgehaltene Unterhaltungsabend hatte sich eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen. Der Arbeiter-Turnverein, Gesangsverein Eintracht, Dilettantenklub Freiheit und der Verband der Zivilberufsmusiker trugen in dankenswerter Weise ihr Bestes dazu bei, den Abend zu einem genussreichen zu gestalten; reicher Beifall wurde allen Mitwirkenden für ihre Darbietungen zuteil. Der Verein kann mit dem Erfolg dieses Abends voll und ganz zufrieden sein.

Als zweite Vorstellung für die Arbeiterbildungsschule gelangt am Sonntag, dem 17. April, nachmittags 2 Uhr Shakespeares gewaltiges Trauerspiel „König Lear“ zur Aufführung. Wir wollen schon jetzt darauf aufmerksam machen und bemerken, daß die Eintrittskarten in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen.

Kaninchen-Ausstellung. Die während der Oftertage abgehaltene Kaninchen-Ausstellung erfreute sich eines so regen Besuches, wie es in vorhergehenden Jahren noch nicht der Fall gewesen ist. Auch die Neuerung des Vereins, Kaninchenbraten als Probeportionen abzugeben, fand reichen Beifall. Es wurden 70 Pfund Kaninchenfleisch in Portionen abgegeben. Die Ausstellung war mit nur erstklassigem Material besetzt und zeitigte die Prämierung folgendes Resultat: A. Adelhöfer, ein Ehrenpreis, ein 1. Preis, ein 2. Preis, zwei 3. Preise, eine lobende Anerkennung; D. Sollow, zwei Ehrenpreise, ein 1. Preis, ein 2. Preis, zwei lobende Anerkennungen; M. Walter, zwei Ehrenpreise, ein 2. Preis, zwei 3. Preise, eine lobende Anerkennung; F. Probst, ein Ehrenpreis, zwei 2. Preise, ein 3. Preis; M. Wogwood, zwei Ehrenpreise; W. Benthien, ein Ehrenpreis; L. Groß, ein Ehrenpreis, ein 3. Preis; D. Krüger, ein 1. Preis, ein 2. Preis, ein 3. Preis, eine lobende Anerkennung; W. Dübbern, ein 1. Preis, ein 3. Preis; A. Sien, ein 2. Preis, drei 3. Preise, eine lobende Anerkennung; Chr. Hennings, ein 3. Preis, eine lobende Anerkennung; W. Stubbe, ein 2. Preis; H. Tiedemann, ein 3. Preis; G. Hüsfeldt, ein 3. Preis; W. Arndt, ein 3. Preis; R. Vahert, ein 3. Preis; F. Kieper, zwei lobende Anerkennungen; G. Hartmann, eine lobende Anerkennung; C. Roggenkamp, eine lobende Anerkennung. Für Produkte erhielten: M. Walter, ein 2. Preis auf Pelzjachen und Leder; D. Sollow, ein 1. Preis auf Pelzjachen und Leder; A. Adelhöfer, ein 1. Preis auf ein Paar Herren- und ein Paar Damendiesel aus Kaninchenleder. Außerdem erhielt: M. Walter das Verbandsdiplom für beste Leistung.

ph. Entworfener Spazierstock. Am 26. ds. Mts. ist in einer Werkstatt ein Spazierstock aus Ebenholz mit silberner verzierter Krücke und langer Metallzunge abhandelt gekommen und vermutlich gestohlen worden.

ph. Festgenommen wurde ein Arbeiter in Malfendorf, der sich gestern der schweren Körperverletzung zum Nachteil eines hiesigen Arbeiters schuldig machte.

ph. Fahrrad-Diebstahl. Am Sonntag, den 27. d. Mts. zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags ist aus dem Hintergarten des Hauses Moltkestraße Nr. 20 ein Kinderfahrrad, Marke „Schnell“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen und nach oben gebogener Lenkstange gestohlen worden. Die polizeilichen Erkennungsnummern hat der Dieb an Ort und Stelle vom Rade entfernt und zurückgelassen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, geht Wagners Musikdrama „Götterdämmerung“ nochmals in Szene. — Morgen Mittwoch kommt bei ermäßigten Mittwoch-Preisen Mollières Lustspiel „Der eingebildete Kranke“ und hoher die Grotteske „Der grüne Kalabu“ von Arthur Schnitzler zur Wiederholung. — Für Donnerstag befindet sich Wildenbruchs neues Schauspiel „Der deutsche König“ in Vorbereitung.

Hamburg. Der Friede im Hamburger Baugewerbe gesichert. Im letzten Augenblick ist es in Hamburg zwischen dem Baugewerbeverband und den Zentralverbänden der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zu einer Einigung gekommen. Am 26. März ist unter den Parteien folgendes vereinbart worden: Der bisher beratene Tarif wird bis zum 31. März 1910 abgeschlossen. Er wird prolongiert bis zum 15. April 1910. Wenn bis dahin kein neues Vertragsmuster zustande kommt, wird der Tarif bis zum 1. Oktober 1910 prolongiert. Wenn überhaupt kein neues Vertragsmuster zustande kommt, gilt der Tarif bis zum 31. März 1910. — Damit scheidet die Hamburger Bauarbeiterschaft aus dem großen Kampfe im Baugewerbe aus. Sie wird ihren Arbeitsbrüdern im übrigen Deutschland eine Rückenstärkung sein in dem Vernichtungsfeldzug des Unternehmerbundes gegen die Organisationen. In die Einigkeit des Arbeitgeberbundes ist eine empfindliche Bresche gelegt.

Hamburg. Schon wieder ein Kind verbrüht. In einem unerwarteten Augenblick fiel der dreijährige Sohn des Grundbesitzer wohnenden Maschinisten Malinowicz in einen auf dem Fußboden stehenden Kessel mit siedendem Wasser und trug so schwere Brandwunden davon, daß er im Krankenhaus verstarb. — Der gemäßigtere bremische Lehrer, Genosse G. Döring, tritt zu Anfang April als Volontär in die Redaktion unseres Hamburger Bruderorgans, das „Echo“, ein.

Altona. Immer nobel! Der in Altona angestellt gewesene Schuhmann Riese hatte vor einiger Zeit ein Kind aus dem Treibeise der Elbe vor dem sicheren Ertrinken gerettet. Durch das kalte Bad, das der Beamte dabei unfreiwillig nahm, stellte sich bei ihm ein rheumatisches Leiden ein, durch das er dienstunfähig wurde. Darauf kündigte die Stadt Altona dem Beamten den Dienst und entließ ihn ohne Pension, weil er noch nicht 10 Jahre im Dienste der Stadt gestanden hatte. Riese verklagte nun die Stadt Altona auf Zahlung einer Pension, und die Stadt hat den Prozeß nun sowohl beim Landgericht als auch beim Oberlandesgericht verloren, das, wie die „Saale-Zeitung“ meldet, die Stadt verurteilt, an Riese eine Jahrespension zu zahlen. Da die Gerichtskosten hinzukommen, wird die Summe auf diese Weise noch größer.

Kiel. Auf der Kaiserlichen Werft wird weiter gestohlen. Ein verdächtiges Segelfahrzeug wurde von Kieler Hafenschülenteu angehalten und mit Beschlag belegt, der Führer, ein Werftarbeiter, in Haft genommen. In dem Boot befanden sich, unter alten Rüstern versteckt, Leetholzhölzer, Mahagonihölzer, Messingrohre und andere Metalle, Zauwerk usw. Der Verhaftete will die Sachen aus dem Inhalt eines Nischeprahms, auf den die Nische und Abfälle der Kriegsschiffe geschafft werden, herausgeholt haben. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß sie von der Kaiserlichen Werft gestohlen sind. — Ein Konkurrent Zeppelins. Ein nicht zu verachtender Konkurrent ist dem Grafen Zeppelin hier in einem noch jugendlichen Ingenieur namens Steffen erstanden. Der junge Mann hat sich auf einer Koppel in der Nähe Kronshagens bei Kiel einen Holzschuppen errichten lassen und darin einen lenkbaren Ballon eigener Konstruktion nach dem halbstarren System hergestellt. Mit dem Luftschiff, das 32 Meter lang ist und seinen Antrieb durch einen 40 Pferdekraft starken Buchel-Motor erhält, unternahm der Erfinder am Stillen Freitag einen Aufstieg, der sehr befriedigend verlief. Der Ballon glitt glatt aus der Halle und schnell in die Höhe. Nach einigen Kilometern Fahrt landete er bei Hasselbücksdamm, wo der junge Luftschiffer eine Veränderung der Gleichgewichtslage vornehmen mußte. Es war ihm jedoch nicht möglich, von dort einen zweiten Aufstieg vorzunehmen, da es an Mannschaften fehlte, die nach Tausenden zählende Menschenmenge, die aus allen Himmelsrichtungen herbeigeströmt war, soweit zurückdrängen, daß das Luftschiff den nötigen Spielraum zum Manövrieren frei bekam.

Spicysplan der vereinigten Stadttheater vom 29. März bis 2. April.

Neues Stadttheater. Dienstag, 29. März: „Götterdämmerung“, Musikdrama von R. Wagner. — Mittwoch, 30. März: „Der eingebildete Kranke“, Lustspiel von Moliere. Vorher: „Der grüne Kalabu“, Grotteske von A. Schnitzler. — Donnerstag, 31. März: „Der deutsche König“, Schauspiel von Ernst v. Wildenbruch. — Freitag, 1. April: „Leonarda“, Schauspiel von Bojsson. — Sonnabend, 2. April: „Der deutsche König“, Schauspiel von Ernst v. Wildenbruch. Stadthallen-Theater: Freitag, 1. April: „Der fidele Bauer“, Operette von Leo Fall.

Briefkasten.

G. Sp. Wir bitten um Angabe der Namen und Adresse der beiden Leute und der Zeugen, die diesem Vorgange beigewohnt haben. Vielleicht würde sich auch eine vorherige mündliche Rücksprache mit uns empfehlen.

Ein arbeitsloser Kutscher. Wir bitten um Angabe Ihres Namens und Adresse. Anonymen Zuschriften können wir keine Aufnahme gewähren.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein: vom Dampfer „Hyvarden“ durch B. M. . . 1,52 Mk. Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlich für die Druck- und Nachbargelände und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Rüchardt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.

Karoline Beeth
Richard Albrecht
Verlobte.
Lübeck, Ostern 1910.

Frida Bahr
Hermann Wittern
Verlobte.
Lübeck, Ostern 1910.



Am Sonnabend abend starb plötzlich und unerwartet nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel,
Franz Lembcke
in seinem 40. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübten Herzens an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Moißling, 27. März 1910.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Sozialdemokr. Verein Lübeck.
Ortsgruppe Moißling.

Am Sonnabend, dem 26. März, starb plötzlich und unerwartet der Genosse

Fr. Lembcke
im Alter von 39 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 30. März, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbeshause aus statt. Die Moißlinger Genossen.

Statt besonderer Meldung.
Montag, den 28. d. M., vormittags 6 1/2 Uhr, entschlief in Wilhelmshaven nach längerer Krankheit unser herzenguter Sohn, Bruder und Schwager
Fritz
im 22. Lebensjahre. Tief betrauert von den Hinterbliebenen.

I. Böger und Frau
Brüder, Schwestern und Schwager.
Die Beerdigung findet am Donnerstag in Wilhelmshaven statt.

Todes-Nachricht.
Heute morgen 5 1/4 Uhr entschlief nach schwerem Leiden unser lieber Friedel im zarten Alter von 2 Jahren. Tiefbetrauert und schmerzlich vermisst von seinen Eltern, Bruder, Großeltern und allen Angehörigen.

Otto Zacke und Frau
geb. Maack.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 30. März, morgens 9 Uhr, von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofs aus statt.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation unfr. Tochter Martha danken herzlich. Friseur **A. Greve und Frau** nebst Tochter.

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen z. Konfirmat. unfr. Tochter Käthe sagen wir herzl. Dank. **W. Mowitz u. Frau** nebst Tochter.

August Schlenke der soll leben so viel Tage, so viel Jahre, wie der Fisch im Schwanz hat Haare. Zu vermieten eine Zweifamilienwohnung mit Stall. Preis 150 Mark.
J. Köhl, Erbmö.

Ein freundliches Logis für zwei junge Leute.
Glockengießerstraße 23, I.

Zum 1. April eine Wohnung von 2 Zimmern nebst Zubehör. Feldstraße 2, Mühlenort.
Zu vermieten per sofort oder zum 1. April mehrere Zwei- und Dreifamilienwohnungen im Preise von 200 bis 300 Mk.
Nah Rothwischstraße 48, part. rechts.
Junges Meubrenmpfänger sucht leichte Arbeit irgendwelcher Art, am liebsten nach dem Lande.
Johannisstr. 57/3.

Suche für meine Tochter, welche Ostern die Schule verlassen hat, Stellung in best. Hause. Ang. u. B. an die Exp. d. Bl.

Zum Wiederbeginn des Schulunterrichts

empfehlen

sämtliche Schulbücher,

:: Atlanten etc. etc. ::

sowie

: Schreibhefte :

in allen Lineaturen.

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Gesucht per sof. oder 15. April ein Sohn achtbarer Eltern
als Lehrling
für mein Rohproduktengeschäft gegen monatliche Vergütung.
J. S. Kleve, Lübeck,
Wengstr. 20/22.

Handwerkzeug
für Zimmerleute zu verkaufen.
Egloff, Fiedenstr. 39, 2. Stg.
Tischlerei mit guter Kundschaft preiswert zu verkauf. Off. u. W. 71.

1 Hängelampe und 1 Ampel
zu verkaufen.
Brodestraße 30, part.
Billig zu verkaufen ein Sofa mit grünem Bezug.
Mittelstraße 9.

Fedel Gaugube zu verk. oder zu verm. Näheres 7. Quersstraße 12.
Billig zu verkaufen 1 Bibel, ein Lesebuch, 1. Stufe, ein Rechenbuch, 1. Heft.
Mett, Alfstraße 9.

1 Ziehangel bill. zu verk.
Augustenstraße 21 a.
Eine **Bulldogge (Bastard)** treuer Begleiter und wachsam, billig zu verkaufen.
Dornestr. 34 (Ecke Brüderstr.)

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24.
Zahn-Atelier G. Boysen
Schwart. Allee 71a.
Reparaturen in 4-5 Stunden.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeiter, Fünfhaus, 13

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft **Fischergr. 52.**
Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage empfiehlt
J. H. Stoß, Engelsgrube.

Geschäfts-Uebernahme.

Hiermit erlaube ich mir die ergebene Anzeige, daß ich das **Schuh- und Stiefelgeschäft** meines verstorbenen Vaters auch mit übernommen habe, und bitte ich, das meinem Vater entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **K. Frosch,**
An- und Verkauf von getragenen Fußzeug und Kleidungsstücken, **Legienstraße 38.**
NB. Reparaturen prompt und billig.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.
Auf vielfachen Wunsch seitens unserer Mitglieder haben wir uns entschlossen, in der **Spezial-Warenabgabestelle Glandorpstraße 1** außer den sonstigen Schulutensilien auch

Schulschreibhefte
Schulbücher

in vorschriftsmäßigen Lineaturen, wie auch alle übrigen notwendigen zu führen und bitten wir unsere geehrten Mitglieder vorkommenden Falles, besonders zum Schulanfang, ihren Bedarf in obigen Artikeln nur in ihrem eigenen Geschäft zu decken. Nicht vorhandenes wird schnellstens besorgt.
Der Vorstand.

Drenske's Stiefel in allen Formen.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Kopf und Bein Pfd. 20 Pfg.
frische Kochrippen „ 20 Pfg.
la. Schweinefleisch 65 Pfg.
Bratenstücke pro Pfd. 75 Pfg.
ger. Schweinebaud. Pfd. 75 Pfg.
Prima dicke Blumen 70 Pfg.
pro Pfd. 75 Pfg., bei Abn. v. 4 Pfd. pro Pfd.
Prima weißes Schmalz 80 Pfg.
v. nur eig. Schlachtungen, pro Pfd. 85 Pfg., bei Abnahme v. 4 Pfd. pro Pfd.
Pa. Kuchenteig pro Pfd. 45 Pfg.
50 Pfg., bei Abnahme von 2 Pfund pro Pfund
gekochte Mettwurst u. Leberwurst 70 Pfg.
Preißwurst 30 Pfg.
Kohlwurst 60 Pfg.
Abfallwachen pro Pfd. 10 Pfg.

M. Lahrtz, Wöthgerstraße 16.

E. Boy, Königstr. 61, F. 1811, Markt-Str. 48.
Notungen Pfd. 50 Pfg., Schellfisch Pfd. 40 Pfg., Kabeljau Pfd. 30 Pfg., Seelachs Pfd. 20 Pfg., dänische Goldbutt Pfd. 40 Pfg., Goldbutt 2 Stück 10 bis 20 Pfg., lebende Schleie, Hechte.

Das Fraktionsbild der soziald. Reichstagsabgeordneten ist wieder eingetroffen und zum Preise von 40 Pfg. erhältlich in der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest. anerkannt billig bei **Ernst Gentzen, Uhrm., Königstr. 62, d. b. Hüßstr. Gebe lote Rabattmarken**

Das Bild unseres Parteigenossen A. Bebel neueste Aufnahme, ist in feiner Ausführung zum Preise von 60 Pfg. zu beziehen durch die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Der deutsche König.
Schauspiel von G. von Wildenbruch. In Vorbereitung: **Salome.**
Mitteldrama von Richard Strauss.

Färberei u. chem. Reinigung
Dampfreinigung von Betten und Bettfedern
Blücher: **A. M. Otto** Blücherstr. 27.
NB. Sachen zum Reinigen werden in 2-4 Tagen sauber u. billigt geliefert.
Deutscher

Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Abteilung Bauteilnehmer!

Versammlung
am Mittwoch, dem 30. März abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Beschlusfassung über den neuen Lohnarif.
Erachte es ein jeder Kollege für seine Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Branchenleiter.

Bei der Tombola auf der Kantinen-Ausstellung wurden folgende Losnummern mit Gewinnen gezogen:
21 28 37 79 80 100 110
120 125 133 191 198 199 244
285 343 374 393 400 404

Die Tiere sind am Dienstag, dem 29., und Mittwoch, dem 30. März, bis abends 9 Uhr abzuholen, später bei Herrn **H u s f e l d t,** Brüderstr. 1a

Zentral-Verb. der Fleischer
und verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum **BALL**

Sonntag, den 3. April im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:
26. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Hermann Abendroth**
Richard Wagner-Abend.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Siegfrieds Rheinfahrt aus „Götterdämmerung“.
Vorspiel und Liebestod aus „Tristan und Isolde“.
Waldweben aus „Siegfried“.
Karfreitagszauber aus „Parsifal“.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Panorama
Breitestr. 53, I., Pl.
Hochwasser-Katastrophe in Paris im Januar 1910.
Kinder, d. i. dies. Woche d. Panorama besuchen, erhalten 1 Öfterei gratis.

Eden-Theater
Ecke König- und Mühlenstraße.
Mittwoch: Neues Programm.
Monna Vanna, Drama
u. das übrige vorzügliche Programm.
Große und scharfe Bilder.

Neues Stadttheater.
Dienstag, 29. März, 6 1/2 Uhr.
Don-Ab. 166. Dienstag-Ab. 28.

Götterdämmerung.
Mitteldrama von R. Wagner.
Mittwoch: Ermöglichte Preise.
Der eingebildete Kranke.
Lustspiel von Moliere. Vorher: Der gelbe Kakadu von Schötkler.
Donnerstag, 31. März, 7 1/2 Uhr.
Zum 1. Male! Neu!

Der deutsche König.
Schauspiel von G. von Wildenbruch. In Vorbereitung: **Salome.**
Mitteldrama von Richard Strauss.

Der Massenstreik in Philadelphia.

Aus Newyork wird uns geschrieben:
Nach den bis zum 10. März, dem 5. Tage des zünftigen der felernden Straßenbahner organisierten Massen- ausstandes der Arbeiter Philadelphias, in Newyork vor- liegenden Nachrichten ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Bewegung, die erste dieser Art, noch in machtvoller Entwicklung ist, sowohl in ihren äußeren Dimensionen, wie auch in dem sie befehlenden rebellischen Geist, der diesem Proletariat bisher so völlig fremd war. Daß die Bewegung wächst, ist außer dem sächtigen Eingreifen eines Stabes sozialistischer Gewerkschaftler dem brutalen Scharf- machertum der organisierten Fabrikanten und der kapi- talistisch versippten Stadtverwaltung mit ihren Kosaken- horden zu danken, das ein urplögliches elementares Er- wachen des Klassenbewußtseins und der Solidarität inner- halb der empörten Arbeitermassen herbeiführte und die Sozialisten an die Front brachte. In einer Er- klärung vom 10. März sagt das Streikkomitee, offenbar jede Übertreibung vermeidend: „Auf Grund einer umfassenden und sorgfältigen Untersuchung ist das Komitee in der Lage, zu versichern, daß die Kampfesreihen der organisierten Arbeiter am vierten Tage des General- streiks ungebrochen sind. Zudem schließen Männer und Frauen, die der Gewerkschaft noch fern stehen, sich uns Tag für Tag zu Tausenden an. Bis jetzt haben in den Baldwinischen Lokomotivwerken 6000 Männer die Arbeit eingestellt. Auch in dem Bemenischen Establishment, den Herringtonschen Werken, in der Fabrik der Menshaw u. Co. und in vielen anderen industriellen Betrieben trat ein Teil der Leute in den Ausstand. Wir können mit der Lage der Dinge recht zufrieden sein.“ Das Komitee teilte an diesem Tage folgende Zahlen über die in den einzelnen Industrien feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen mit: 40 000 Bauhandwerker, 20 000 Metallarbeiter, 30 000 Textilarbeiter, 10 000 Herren- und 9000 Damenkleider- macher und -macherinnen und über dreißigtausend Arbeiter anderer Berufe. Danach würden also im ganzen über 140 000 Arbeiter im Kampfe stehen. Die beginnende Still- legung der Baldwinischen Maschinenfabrik, der größten Lokomotivwerkstätte der Welt, die im ganzen 18 000 eien- entlohnte Arbeiter beschäftigte, zeigt am besten den Fort- schritt der Streikbewegung an. In den ersten Tagen des Streiks machte nicht ein einziger dieser bisher ganz un- organisierten Hungerklaven mit, und nach den neuesten Meldungen aus Philadelphia arbeitet jetzt keine Menschen- keele in diesem Riesenwerk, wohl aber ist jetzt außerhalb des Betriebes die Organisationsarbeit unter diesen Acht- zehntausend in stottem Gang, geleitet nicht mehr durch die Gewerkschaften der einzelnen, sondern durch ein harmo- nisch wirkendes gemeinsames Komitee aller Verbände der Metallindustrie. Überhaupt wird jetzt überall von den Unorganisierten, die heute die breiten Kolonnen der mar- schierenden Generalstreiker bilden, nach der Organisation verlangt, und es muß anerkannt werden, daß die Gewerk- schaftsführer, deren Engbergigkeit diesen Massen bisher den Zutritt zu den Organisationen vielen verwehrte, alles tun, um die unorganisierten Streiker der Gewerkschafts- bewegung zuzuführen und so die Schläge der Scharf- macher zu parieren, die jetzt die Zeit für gekommen halten, die Arbeiterorganisationen zu vernichten. So wächt sich der gewaltige Kampf zu einem bewußten Klassenkampf aus, wie er bisher so gern als „unameri- kanisch“ verschrien wurde. „Klasse gegen Klasse“, sagt so- gar der dem Multimillionär und mehrfachen Kaufhaus- besitzer Wanamaker gehörige „Philadelphia American“,

„das ist keine Parole, sondern eine Tatsache. Sahen wir nicht, wie die Bahngesellschaft von ihren Klassengenossen Hilfe erbat und erhielt? Bemerken wir nicht die große Sympathie, die tatkräftige Unterstützung der Straßen- bahner durch arme, selber notleidende Arbeitermassen? Der Generalstreik ist der Ausdruck des Klassenkampfes. Der Kampf der Klassen hat auch in den Vereinigten Staaten offiziellen Ausdruck gefunden.“

Die Lügen anderer kapitalistischer Blätter, die den Umfang des Streikes verkleinern wollen und vollends die lächerlichen Auskünfte der Polizei und des schuftigen Bürgermeisters Kohburn, die immer noch nicht mehr als 20 000 oder gar nur 15 000 Streiker festgestellt haben wollen, wurden am Morgen des 10. März durch eine Rundgebung der Ausständigen, deren Wucht auch durch die unermesslichen verbrecherischen Roheiten der Polizei kein Abbruch geschah, ihrer Aburdität überführt. Eine Masse, die von den Blättern auf 50 000 bis 80 000 Mann geschätzt wurde, wälzte sich auf Wegen von 5 Meilen Länge aus den Arbeiterquartieren nach einem ungeheuren Spielplatz der Stadt, wo eine Versammlung arrangiert werden sollte. Als die Arbeiter sehen muß- ten, daß der Bürgermeister dem Verbot der Versammlung die gewalttätigste und blutigste Aus- führung folgen zu lassen entschlossen war, wälzte sich das wogende Menschenmeer nach dem Rathaus, um dem Stadtoberhaupt augenscheinlich zu demonstrieren, wieviele Tausende an dem Kampf beteiligt sind. Hierbei kam es zu mörderischen Ausschreitungen der Polizeibestie, die aber nicht verhindern konnten, daß die Zehntausende, die sicher nur einen Teil des Heeres der Generalstreiker bildeten, ihren Zweck erreichten. Den deutschen Arbeitern wird es sicher sehr unheimlich sein, dieses Bild des souveränen amerikanischen Volkes, dem sogar eine Versammlung auf einem privaten Plage verboten werden kann, und das dann einen „Spaziergang“ macht, um den Bürgermeister zu sehen, um zu guter Letzt von der Polizei mit Knüppeln und Revolvern angefallen zu werden. . . So sehen die „vollkommen gesicherten politischen Rechte“ der amerika- nischen Arbeiter aus, die, wie Gompers in Europa erzählte, das Vorhandensein einer sozialdemokratischen Partei für Amerika überflüssig machen!

Von den deutschen Gewerkschaftlern in Philadelphia berichtet der von der „Newyorker Volkszeitung“ ent- sandte Spezialberichterstatter, daß sie „sich außerordentlich wacker benehmen“. Die Vereinigten Deutschen Gewerk- schaften haben einen in 50 000 Exemplaren verbreiteten Aufruf zum Anschluß an den Streik vorbereitet. Erst las man in der amerikanischen Parteipresse über die Rolle des deutschen Elements und über die Stellungnahme ihrer Organisationen anders, und es knüpfte sich an das Ver- halten der Deutschen bereits eine herbe Kritik, die aber heute nur noch die Brauer zu treffen scheint, und deren Haltung ist allerdings um so befremdender, als der Brauerverband bisher im Geruch des tapfersten Radikalis- mus stand. Die Brauer verteidigen sich im „Philadelphia Tageblatt“ mit ihren Kontraktverpflichtungen gegenüber den „Bossen“, wodurch ihnen das Streiken ohne vorherige Anrufung eines Schiedsgerichts unmöglich gemacht werde. Ein Komitee der örtlichen Verbandsverwaltung habe aber bereits zweimal mit den Bossen konferiert, um die Sus- pendierung des Kontrakts während der Dauer des Generalstreiks zu erreichen; die Verhandlungen seien er- folgslos gewesen. Aber nicht nur die Unternehmer wollen den Brauern keine Erlaubnis zum Streiken geben, auch die Zentralverwaltung des Brauerverbandes verweigert ihre Genehmigung. Als Antwort darauf fangen die über-

gen deutschen Arbeiter an, den Bierkonium zu verweigern. So hat die Labor Lyceum Association (Gewerkschaftshaus- Assoc.) beschlossen, nach Ausschank des vorhandenen Stoffes den Bierverkauf einzustellen.

Der zurzeit in Newcastile tagende Kongreß der Fede- ration of Labor des Staates Pennsylvania sicherte den Streikenden die Hilfe der organisierten Arbeiter des ganzen Staates zu und nahm eine Resolution an, wonach jede angegeschlossene Gewerkschaft innerhalb 15 Tagen eine Erklärung zu beschließen hat, ob der Generalstreik auf den ganzen Staat ausgedehnt werden soll oder nicht. Der Berichterstattung wert ist noch die Haltung des „Textil Worker“ von Philadelphia, der sich in flammender Sprache für unabhängige Arbeiterpolitik erklärt. Der Streik wäre schon gewonnen, wenn die Ar- beiter zur nächsten Wahl die Mahnung dieses offiziellen Gewerkschaftsblattes beherzigen würden: „Arbeiter, in Zukunft laßt uns stimmen, wie wir streiken — ver- einigt!“

Parteilpolitische Wandlungen in Rußland.

Die kürzlich stattgefundenen Konferenzen der Kadetten- partei, an der außer der Dumafraktion zahlreiche Dele- gierte aus der Provinz teilnahmen bildet einen der wich- tigsten Wendepunkte in der Entwicklung dieser an schroffen Wandlungen so ungemein reichen Partei. Die Beschlüsse der Konferenz über die politische Lage und die Taktik der Partei, über die Englandfahrt der Kadettenführer und endlich über die finnländische Frage bilden den Schluß- akt der letzten Entwicklungsphase des russischen Libe- ralismus, die mit wütenden Angriffen gegen den „roten Lappen“ der Sozialdemokraten und den „linken Esel“ be- gann und mit einer direkten Abwendung in das Lager der Regierung und der Oktoberisten endete.

Die Konferenz nahm nach einem Bericht Prof. Mil- jukoffs eine Reihe von Thesen an, die der künftigen Tätigkeit der Partei zugrunde gelegt werden sollen. In diesen Thesen wird klipp und klar ausgesprochen, daß die Kadettenpartei, die sich merkwürdigerweise noch immer als „die Opposition“ bezeichnet, ihre einzige Hoffnung in dem Zusammengehen mit den Oktoberisten erblickt: „Der Kampf um konstitutionelle Fragen . . . muß jetzt von der Oppo- sition auf dem Wege partikularer Vereinbarungen mit dem „bourgeoisien Konstitutionalismus“ des linken Zentrums geführt werden.“ Bloß in den nationalen Fragen bewahrt die Kadettenfraktion „voll und ganz“ das Prinzip der unbeschränkten bürgerlichen Gleichberechtigung und der Rechte der einzelnen Nationalitäten. „Über- heißt es melancholisch weiter — man kann in dieser Be- ziehung keinen unmittelbaren und praktischen Erfolg er- warten, da der Nationalismus die neuauftretende Lösung des Zentrums und der Rechten ist.“ Mit anderen Wor- ten — die Kadettenpartei betrachtet es für angemessen, dieses Prunkstück ihres Programms noch nicht wie die anderen verschwinden zu lassen, da sie sich ohnedies keinen praktischen Erfolg davon verspricht.

Als wichtigste Richtschnur für die Haltung der Par- tei wird in den Thesen weiter darauf hingewiesen, daß die Partei ihren Charakter, den sie zur Zeit der Revolu- tion und Reaktion angenommen, und der in den letzten Ereignissen deutlich zutage getreten, bewahren und in Erwartung der allgemeinen Wahlen für die Duma pro- pagieren müsse. Damit hat die Kadettenpartei die Prognose der Sozialdemokraten bestätigt, daß die Klüde

„Soldaten sein schön!“

Bilder aus Kaserne und Bazarrett.

Von Karl Fischer.

Nachdruck verboten.

Erstes Buch.

„Tauglich! Infanterie!“ rief der Stabsarzt der Aus- hebekommission den Schreibern zu, nachdem er den nackt vor ihm stehenden Weib Volter untersucht hatte.

„Also doch!“ dachte Volter. „Im letzten Stellungs- jahre!“

Den tauglich Befundenen war befohlen, sich vorläufig im Bestimmungslokal aufzuhalten und sich nicht aus dem Hause zu entfernen. Als Volter aus dem Untersuchungs- zimmer hinunterkam, herrschte im Bierlokal wildes Treiben. Die Nichttauglichen tranken und sangen vor Freude, davon- gekommen zu sein. Die frischen Rekruten lärmten, teils um ihre Verstimmung in Galgenhumor zu verwandeln, oder sie pröhten und überhoben sich im Vollgefühl ihrer Tauglich- keit. Dabei floß das Bier durch die Arbeiterkehlen. Bunte Schleifen wurden angesteckt — die Mütze oder der Hut aufs Ohr gerückt — und freigehalten, wer Durst und kein Geld hatte.

„Was soll das Geld noch nützen? Wir sind ver- tauf!“ rief ein großgebauter Bauernbursche mit dem Kavallerieabzeichen am Rock, dem Wirt über den Schenk- tisch zu.

„Für zehn Glas! Hier eine Mark! Der Soldatenstand soll leben, hoch!“

Einige sangen:

„Soldaten sein schön, das muß man gestehn!

Sie leuchten von ferne, sie funkeln wie Sterne!

Soldaten sein schön — —“

„Mensch! Müller!“ rief ein Schlosser in blauer Bluse einem Bäcker zu. „Du mußt auch mit? Wo haben sie dich denn hingesteckt? Infanterie? Da kannst du tippeln! Na — nach nur nicht so ein trauriges Gesicht! Sauf! Is doch alles eine Wäsche!“

„Ja, du hast gut reden! Was wirst du denn?“

„Ja? Artilleriste! Bumfer! Mit meinen krummen Beinen werde ich mindestens Stangenreiter!“

„Sie leuchten von ferne, sie funkeln wie Sterne!“

„Soldaten sein schön! Ja, das muß man gestehn!“

Der Gesang überrannte einige Minuten alles.

Volter hatte sich in einer Ecke auf einen Stuhl gesetzt und sah dem Treiben resigniert zu. Bestimmte und nieder- geschlagen, wie er war, wäre er am liebsten heimgegangen und hätte sich niedergelegt. Er mußte aber seinen Militär- paß noch empfangen und war gezwungen, zu bleiben. In seiner Nähe saßen noch einige solche Stille, die düster vor sich hindrückten. Arme Schreiber schienen es zu sein. Hatten viel- leicht auch Lustschloffer gebaut, und nun kam ihnen die Mil- itärzeit dazwischen.

„Max!“ überschrie der Schlosser, der alle zu kennen schien, den Tumult. „Deinen krummen Buckel können sie auch brauchen? Und dabei noch Kawall! Uff drei Jahre?“

„Halt dein Maul! Kümmere dich um dein Gestell!“

„Max, ein Maurer, nach seinem äußern zu schließen, schien keinen Spaß zu verstehen. Eine große knoche Gestalt, mit weiten hellen Hosen und rotem Halstuch. Sein stark mit Fett gewichtetes Haar hatte er sich bis dicht übers linke Auge gekämmt. Sicher war er keiner, der die Faust in der Tasche zu ballen pflegte.“

„Einen Schnaps will ich haben!“ rief er, zum Büfett gehend, dem Wirt zu.

„Dir werden sie's schon noch beibringen!“ rief ihm der Schlosser nach.

„Alle Tauglichen rauf! Bässe empfangen!“ schrie eine markige Stimme in den Tumult hinein.

Wie elektrifiziert sprangen alle auf und gingen nach oben.

Nach dem Bertellen der Bässe wurden die Kriegsartikel vorgelesen. Der Bezirkshauptmann gab dem Feldwebel den Auftrag dazu.

„Eingebent seines hohen Berufs, Thron und Water- land zu schützen, muß der Soldat stets eifrig bemüht sein, seine Pflichten zu erfüllen. Der Dienst bei der Fahne ist die Schule für den Krieg; was der Soldat während seiner Dienstzeit gelernt hat, soll er auch im Beurlaubenstand sich erhalten.“

Beim Artikel 5 machten die neuen Rekruten ganz merk- würdige Gesichter.

Dagegen trifft denjenigen Soldaten, welcher seine Pflicht verlegt, die verdiente Strafe. Die Strafen, auf welche

gerichtlich erkannt werden kann, sind Arrest, Festungshaft, Gefängnis, Zuchthaus und in den schwersten Fällen Todes- strafe. Festungshaft, Gefängnis und Zuchthaus sind ent- weder von zeitlicher Dauer bis zu fünfzehn Jahren oder lebenslanglich.“

Ganz verduht wurden auf einmal die Sänger von unten. Volter sumnte das Lied noch in den Ohren: „Soldaten sein schön, das muß man gestehn!“

Der Schlosser zwinkerte Volter mit den Augen zu, als wenn er sagen wollte: „Alles faule Wäsche!“

Der hohlwangige Schreiber machte ein ganz verzagtes Gesicht. Volter, der neben ihm stand, nickte ihm auf- munternd zu: „Gar so schlimm wird es wohl nicht werden.“

Als man wieder unten im Bierlokal war, waren alle Zuchthaus- und Gefängnisstrafen rasch vergessen. Der unterbrochene Tumult war bald wieder im Gange.

Nur in den Gesang wollte die ausgelassene Stimmung nicht wieder hineinkommen.

Die Zeit bis zu seiner Abreise zum Truppenteil ver- brachte Volter völlig gefaßt. Mit demselben Eifer wie bisher ging er seinem Berufe nach. Er war seit früher Jugend an den Ernst des Lebens gewöhnt. Seit dem Tode seiner Eltern war er so verschlossen, daß er alles ge- duldig ertrug, was das Schicksal ihm auferlegte. Der Ver- lehr mit fremden Leuten machte ihn mißtrauisch und auf sich selbst angewiesen. Volter Unbehagen war er mit seinen Altersgenossen zusammen. Ihre Vergnügungen hatten für ihn keinen Reiz. Dieses Alltägliche hatte er. In seiner Einamkeit entwickelte sich in ihm ein Bildungs- drang, ein Wissensdurst, der ihn seinen Bekannten noch mehr entfremdete. Seit seiner Lehrzeit begannen die stillen Stunden in seiner Stube hinter den Büchern. Je mehr er sich in seiner freien Zeit mit ihnen beschäftigte, desto mehr Fragen tauchten in ihm auf, und desto mehr verzweifelte er, seinen Vorbildern ähnlich zu werden, zu werden wie die, die geistig viel höher standen als er. Wiederum wurde er zum Studium angepornt, wenn ihm die Halbheit seiner Altersgenossen recht zum Gelde geworden war. Eine Anzahl billiger, gemeinverständlicher wissenschaftlicher Werke bildete in seiner Stube schon eine ganz ansehnliche Bibliothek. Sein Verständnis wurde immer größer und sein Gesichtsfeld weiter. Das alles wirkte, daß er frühzeitig gefester und männlicher wurde.

sozialdemokratische Hege, die die Kadetten bei den jüngsten Wahlen in Petersburg betrieben, als Symptom für die künftige Haltung des russischen Liberalismus angesehen werden müsse.

Nach deutlicher tritt diese Wandlung hervor, wenn man in Betracht zieht, daß die Konferenz es als eine der wichtigsten Aufgaben der Kadettenfraktion bezeichnete, den Etat in der Duma ohne Defizit abzuschließen, und mit allen Stimmen gegen eine die schmachvolle Englandreise der Kadettenführer und die treuuntertänigen Reden Miljukoffs gutheiß, da dies die konstitutionelle Idee gefestigt habe. Selbst die preussischen Fortschrittler der sechziger Jahre, die wahrlich nichts Heroisches an sich haben, erscheinen als Helden im Vergleich mit den russischen Liberalen, die den Etat, den sie selbst als Desorganisierten und Hauptschuldigen an den nationalen Erniedrigungen bezeichnen, ohne Widerrede bewilligen und ihre anerkannten Führer nach London entsenden, um einer neuen Anleihe und einem freundlichen Empfang des Blutzaren die Wege zu ebnen.

Der Beschluß der Konferenz über die finnländische Frage ist in der Beziehung bemerkenswert, daß er die gemeinsame Gesetzgebung für Finnland und Rußland prinzipiell anerkennt und nur verlangt, daß der gesetzgebende Akt, der diese gemeinsamen Gesetze und die Ordnung ihrer Herausgabe enthält, nicht bloß dem Reichsrat und der Duma, sondern auch dem finnischen Landtage unterbreitet werden soll. Durch diesen Beschluß, der bereits die Anerkennung der reaktionären Presse gefunden hat, hat die Kadettenpartei einen heimtückischen Schlag gegen die finnländische Freiheit geführt und gezeigt, daß sie in dieser Beziehung ebenso „entwickelungsfähig“ ist, wie in der persischen und kavischen Frage.

Es ist eins der charakteristischsten Zeichen der russischen Verfassungskämpfe, daß die bürgerliche Opposition eine verhältnismäßig geringe Rolle in ihnen gespielt hat. Als die revolutionäre Bewegung der Volksmassen den Koloss des Absolutismus ins Wanken gebracht hatte, spreizten sich die aufgeblasenen Wortführer des Liberalismus in ihrer Wichtigkeit und stellten an die Regierung Forderungen, für die andere ihre Knochen zum Markte tragen sollten. Als aber der Widerstand der Regierung zeigte, daß noch eine Reihe harter Kämpfe ausgefochten werden mußte, wichen dieselben Herren feige zurück und zogen es vor, die Basis für ihre Partei nicht in den Volksmassen, sondern in den besitzenden Klassen zu begründen, deren imperialistischen, nationalistischen Tendenzen sie sich anpassen suchten. Allerdings geben sie sich jetzt noch als „einzige Vertreter der Demokratie“ aus und appellieren an die breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung, um auf ihrem Rücken ihre Schacherpolitik in der Duma fortsetzen zu können. Aber die Revolution hat in den breiten Schichten der Bevölkerung zu tiefe Spuren hinterlassen, die Klassencheidung hat in Rußland zu große Fortschritte gemacht, als daß die Liberalen je darauf rechnen könnten, breite Schichten des Volkes hinter sich zu haben. Ebenso wie die Okzobriten und die Rechten führen sie jetzt ein Dasein von Staatsstreichtz Gnaden, und jeder Schritt, den sie in ihrer Rückentwicklung machen, ist nur geeignet, allen denen die Augen zu öffnen, die jetzt noch, im Widerspruch mit ihrer Klassenlage, der Kadettenpartei Gefolgschaft leisten.

Aus der Partei.

Brechprozeß. Wegen Verleumdung des Rittergutsbesizers von Biddau auf Ehrenberg hatte sich Genosse Dikreiter von der „Altenburger Volkszeitung“ vor dem Schöffengericht in Altenburg zu verantworten. In einem Artikel war die Verächtlichmachung und Entlohnung von Kindern auf dem Gute des von Biddau kritisiert worden. Der Rittergutsbesitzer fühlte sich durch den Inhalt beleidigt, stellte Strafklage und branttragte vor Gericht längere Gefängnisstrafe für den Kritiker. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 Mk. — Ein ähnliches „Verbrechen“ wurde vor dem Schöffengericht in Schmolln geführt. 35 Knopffabrikanten fühlten sich in ihrer Ehre getränkt durch einen Artikel in der „Altenb. Volksz.“ vom 28. Febr. v. J., der sich mit „skandalösen Zuständen“ in der Schmollner Knopf-

Bei seiner Verschlossenheit beobachtete er die andern, und was er an ihnen nicht gut fand, suchte er von sich selbst abzuzreifen.

Sein Gesicht war nicht gewöhnlich geformt. Markante Züge hatte er trotz seines jugendlichen Alters. Eine leichtgebogene Nase gab dem Gesicht einen etwas stolzen Ausdruck, und seine kleinen dunklen Augen blickten scharf und prüfend unter den dünnen Brauen hervor. Ein dünnes blondes Schnurrbartchen hing ungepflegt über den Mund.

Seine Kleidung war immer sehr einfach. Je länger er einen Rock trug, desto lieber wurde er ihm. Er hatte überhaupt eine große Abneigung gegen alles Geschraubte, Gefälschte. Mit dem Wachsen seines Wissens und seiner intellektuellen Kräfte entfremdete er sich dem Kreise, in dem er verkehren mußte, immer mehr. Täglich kleinliche Herbheiten und Unannehmlichkeiten beim Umgang mit den Menschen waren ihm bald etwas Gewöhnliches. Seinen einzigen Halt und Trost fand er in seinen Büchern.

Ein unawaitetes Ereignis sollte entscheidend auf sein Leben wirken. Ganz zufällig lernte er ein junges Mädchen kennen, dem er bald mit aufrichtiger Liebe zugetan war. Es war nicht der Reiz ihres Äußeren, was ihn fesselte, es war die gleiche Anschauung, der gleiche Bildungsdrang, gleiche Interessen, dasselbe Ringen und Kämpfen mit sich selbst, wie er es an sich erfahren hatte.

Sie stand auf eigenen Füßen in ihrem Beruf wie er. Ihre Ideengemeinschaft führte sie einander zu. Das Glück der beiden war die innige Verständigung zweier vernünftiger Menschen. Vertraulich verkehrten sie miteinander, als ob es gar nicht anders sein könnte. Man konnte glauben, es seien Freunde auf Handschlag. Oben weil ihre gegenseitigen Beziehungen mehr einer aufrichtigen Freundschaft gleichen, fühlten beide, daß ihr Bund für die Dauer sein würde. In zwei Jahren regen geistigen Verkehrs wurden sie ganz eins. Eine tiefbegründete, gegenseitige Achtung hob die Reinheit ihres Willens.

Wie ein widerlicher Landregen nach langem hellen Sonnenschein erschien ihnen die Aushebung Volters zum Militär. Einem spaltenden Keil ähnlich, wollte sich die Pflicht gegen den Staat zwischen sie drängen, doch die Aufregung ihrer Gesinnung, die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben sie der Zukunft furchtlos entgegenzusehen.

(Fortsetzung folgt.)

Industrie beschäftigte. Die Fabrikanten fühlten sich formal beleidigt durch die Überschrift des Artikels. Das Gericht reparierte die verletzte Ehre der 35 Fabrikanten, indem es den Genossen Dikreiter zu einer Strafe von 50 Mk. verurteilte. Zwei weitere Fälle richteten sich gegen den verantwortlichen Redakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“, Genossen Blumtritt in Hof i. B. Durch einen Verfassungsvertrag und einen Artikel fühlten sich der 2. Vorsitzende des liberalen Arbeitervereins Schmidt und der frühere Sozialdemokrat Gbert beleidigt. Das Urteil lautete wegen formaler Beleidigung auf 25 und 30 Mk. Geldstrafe.

Zum Wiederaufnahmeverfahren im Essener Meineltsprozeß. Wie bereits gemeldet, hat das Oberlandesgericht in Hamm das Wiederaufnahmeverfahren in dem bekannten Meineltsprozeß Schröder und Genossen angeordnet. Das „Berliner Tageblatt“ nahm Veranlassung, den ehemaligen Gendarmen und jetzigen Magistratsassistenten Winter, der im Jahre 1895 die entscheidende Aussage vor Gericht machte, aufzusuchen. Winter gab dem Mitarbeiter des „Tageblatts“ über den Vorgang folgende Einzelheiten bekannt: Kurz vor dem großen Bergarbeiterausstand im Jahre 1895 fanden im Februar in den Ortschaften Herne und Baukau an einem Tage mehrere Bergarbeiterversammlungen statt, die von dem Führer der christlich-sozialen Bergarbeiter, dem Bergmann Brust einberufen waren. Mit der Überwachung der Versammlung in Baukau waren Gendarm Schröder und ich beauftragt worden. Nach einer erregten Debatte forderte der Versammlungsleiter Brust die anwesenden Sozialdemokraten, unter denen sich auch der Bergmann Schröder befand, auf, den Saal zu verlassen, erklärte jedoch ausdrücklich, daß eine Zurückerstattung des Eintrittsgeldes nicht gewährt werden könne. Als die sozialdemokratischen Arbeiter sich darauf weigerten, dem Gendarmen Folge zu leisten, machte der christlich-soziale Führer Brust von seinem Hausrecht Gebrauch und forderte mich auf, Schröder hinauszuweisen. Ich ging darauf zu Schröders Tisch und sagte ihm: „Nun aber raus, Schröder!“ Der Angeredete trank sein Bier aus und entfernte sich durch den Saal, wobei ich ihm folgte. Kurz vor dem Ausgange an der Kasse blieb Schröder stehen und forderte sein Geld zurück. Darauf trat ich ganz dicht an Schröder heran und sagte ihm: „Machen Sie, daß Sie hinauskommen!“ In diesem Augenblick wandte er sich nach mir um und stürzte zu Boden. Ich nehme an, daß Schröder, der im Laufe des Tages mehrere Male in Wirtschaften eingekauft und deshalb wohl angetrunken war, mit dem Fuße an der Kasse des Podiums, auf dem sich die Kasse befand, hängen blieb und deshalb stürzte. Schließlich raffte er sich auf, stolperte jedoch noch einmal und verließ schließlich den Saal halb kriechend. Natürlich kann ich mich auf jeden kleinsten Vorgang der 15 Jahre zurückliegenden Ereignisse nicht mehr ganz genau bestimmen, aber das weiß ich gewiß, daß ich Schröder vor dem Sturz oder während seines Sturzes mit der Hand nicht berührt habe.

Eine neue Parteidruckerei. Die „Göltzger Volksz.“, die als Kopierblatt der „Dresdener Volkszeitung“ in der Ritterauer Parteidruckerei hergestellt wurde, ist am Donnerstag zum ersten Male in der neu eingerichteten Parteidruckerei in Göltzig gedruckt worden. Als die „Göltzger Volkszeitung“ am 1. Februar 1899 gegründet wurde, erschien sie in bescheidenem Umfange nur dreimal wöchentlich. Am 1. April 1903 wurde sie in eine Tageszeitung umgewandelt. Nach dem Vorbilde der Dessauer Genossen gründeten die Genossen Niederhieslens eine Genossenschaft und einen Sparverein, um die erforderlichen Mittel zur Errichtung einer Druckerei aufzubringen. In knapp 1 1/2 Jahren wurden rund 126 000 Mark aufgebracht, die zum Ankauf eines ausgedehnten bebauten Grundstücks dienten. Die Druckerei ist mit allen technischen Neuerungen auf dem Gebiete des Zeitungswesens ausgerüstet. Die Genossen feiern die Eröffnung der eigenen Druckerei in würdiger Weise durch eine umfangreiche Hausagitation zur Gewinnung neuer Abonnenten.

Hausdurchsuchung. In den Geschäftsräumen der „Gazeta Robotnicza“, sowie in der Privatwohnung des Genossen Winickiewicz wurde am Sonnabend durch drei Polizeibeamte Hausdurchsuchung abgehalten. Man suchte nach Waffen, Munition, sowie Briefschaften, die sich darauf beziehen. 2 1/2 Stunden plagte sich die Polizei und schließlich mußte sie mit leeren Händen wieder abziehen.

Ein Sautag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gau Hamburg

tagte kürzlich im Gewerkschaftshaus zu Hamburg. Er war besetzt von 50 Zahlstellen durch 57 Delegierte. Der Hauptvortrag war durch Becker vertreten. Die Verhandlungsleitung lag in den Händen von Gauvorsitzer Neumann und Willers. Neumann hielt die Delegierten herzlich willkommen und empfahl eine gewissenhafte Berichterstattung in den Zahlstellen. Redner erstattet sodann zunächst den Bericht über die Lohnbewegungen.

Bedeutendere, nennenswerte Bewegungen waren angesichts der Krise in den Jahren 1908—1909 ausgeschlossen. Krise und Arbeitslosigkeit bedingten die Laktik, es mußte ausgiebig gekämpft werden. Darüber ward meistens eine Einigung erzielt. Zum Teil mußten auch die Kollegen angetrieben werden, um dasjenige zu tun, was mit Genehmigung der Verhandlungsleitung im Interesse der Kollegen erforderlich war. Redner ließ dann die einzelnen Bewegungen Revue passieren, zum Teil scharfe Kritik übert. Aus der Fülle der Einzelheiten sei nachstehendes besonders hervorgehoben:

In Bremen gelang es, einen günstigen Vertrag für unsere Kollegen zustande zu bringen. In Bremerhaven war bisher wenig zu erreichen. Dort regiert der Arbeitgeberverband, der stolz darauf ist, der schärfste seiner Art zu sein, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktiert und einen Arbeitnachweis ausstellt, dessen schädlichen Wirkungen nur mit Mühe vorgebeugt werden kann. Ein geradezu unmündiger Zustand herrscht: Zehnstündige Arbeitszeit! Löhne von 44—47 Wfg.! Da ist es begreiflich, wenn andere Orte einmal erlucht werden müssen, eine Weile ihre Forderungen zurückzubalten, um erst solche Kollegen einen Schritt vorwärts zu bringen. Der Streik der Korfarbeiter in Delmenhorst hat einen wenig rühmlichen Ausgang genommen. In Emden gelang es, den Mietervertrag des Baugewerbes abzumehren. Die Korfmacher in Eitelbrügge wählten eine Verschlechterung ab. In Hamburg verließ die Vertragsbewegung außerordentlich günstig. Einen sehr guten Abschluß erzielten auch Glückstadt und Neumünster, desgleichen die Zahlstellen Winkeln. In Wulsdorf mußten sich unsere Kollegen leider eine Verschlechterung ihres Tarifes gefallen lassen. In Ahrensburg, Bargteheide, Burgdam, Delmenhorst, Stade, Eulingen und Wilhelmshaven kamen gleichfalls günstige Verträge für unsere Kollegen zustande. In Segeberg und Isehoe ist die Bewegung weniger glücklich für uns ausgelaufen.

Für die Werkten trat die Zentralkommission in Tätigkeit. Große Aktionen konnten infolge der Krise nicht unternommen werden. Im allgemeinen hat die Krise nicht vermocht, in unserem Gau wesentliche Rückwirkungen zu erzielen. Wir müssen auch an der Schwelle der Hochkonjunktur in Zukunft einig und geschlossen vorwärts arbeiten.

Über Agitation berichtet der Gauvorsitzer Willers. Redner gibt zunächst eine Statistik über das Verhältnis der im Gau vorhandenen Organisierten gegenüber den Unorganisierten. 16 872 Organisierten stehen 4108 Unorganisierte gegenüber. Gewerkschaften kommen nur in ganz verschwindend kleinem Maße innerhalb unseres Gaus in Frage. Neu gegründet sind 6 Zahlstellen, Schiffbeck und Wandsbeck schlossen sich Hamburg an, Sellstedt und Wulsdorf Bremerhaven. In der Agitation ist vom Gauvorsitzer alles getan, was getan werden mußte. Wenn die Kollegen liberal helfend mit eingreifen und in der Agitationsarbeit nicht erlahmen, wird unsere Organisation im Hamburger Gau zu einem Machtfaktor ersten Ranges.

Der gedruckt vorliegende Kassenbericht weist 28 000 Mark Einnahme und 22 974 Mark Ausgabe auf, so daß ein Bestand von 5148 Mk. verblieb.

Die Tätigkeit des Gauvorsitzes wird gebilligt. Über den Verbandstag in München, die Beitragsfrage und die Tarifbewegung referiert sodann Becker-Berlin. Dem zweitständigen Referat sei im wesentlichen das Nachfolgende entnommen: Bei den Einzellohnbewegungen müssen wir in Zukunft immer mehr Rücksicht auf die allgemeine Tarifbewegung nehmen. Von einer Benachteiligung der Orte, wo keine Tarife bestehen, kann aber trotzdem nicht geredet werden. Auch die nicht an der Tarifbewegung beteiligten Kollegen haben das allergrößte Interesse an der glücklichen Durchführung derselben. Die Tarifbewegung hat die Formen angenommen, die voraus zu sehen waren. Der Arbeitgeberverband ist zu der Einsicht gelangt, daß alle von ihm bisher angewandten Mittel erfolglos waren, um den Verband tot zu machen oder lähmlich zu legen. Redner gibt sodann einen interessanten Überblick über die allmähliche Entwicklung und den Gang der letzten Tarifverhandlungen. Es wird oft über ungenügende Berücksichtigung der Wünsche der Kollegen geklagt, obwohl oft mehr getan wird, als man als vorsichtiger Geschäftsmann verantworten kann. Wir müssen dahin streben, über einen entsprechenden Referatsfonds zu verfügen. Früher gingen erzwungene Lohnerhöhungen bis zu zwei Dritteln, wenn nicht völlig wieder zurück, während heute durchweg die Löhne während der Krise, dank unseren trefflichen Verbandseingriffen und Tarifen stabil bleiben. Die Ablehnung des Schiedsgerichts vom Arbeitgeberverband bei den letzten Tarifverhandlungen haben wir mit der Ausdehnung der Extrabeiträge beantwortet. Das hat gewißlich für danken wir zahlreiche Lohnerhöhungen. Jetzt müssen wir aber auch daran denken, die schon jahrelang warten, die sich noch jetzt mit 17 oder 18 Mk. begnügen müssen. Bei der letzten Tarifbewegung haben wir in fast allen Vertragorten eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von ein bis drei Stunden pro Woche erreicht. Das ist etwas, worum wir früher monatelang kämpfen mußten. Ebenso steht es mit den Lohnerhöhungen, die sich zwischen ein bis sechs Pfennige pro Stunde bewegen. Wir müssen im nächsten Jahre mit einem Kampfe rechnen, weil offenbar den Unternehmern überall das Fell erhebtlich juckt. Um nun Mittel für diesen Kampf aufzubringen, schlägt der Vorstand den Kollegen die Erhöhung des Beitrages auf 60 Wfg. vor. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Staffelleistungen und empfiehlt einstimmige Annahme des Vorstandsantrages.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag des Vorstandes angenommen.

Annahme finden ferner folgende Anträge: Der Verbandstag findet alle zwei Jahre in Berlin statt, die Schiffzimmerer sind in den Statistiken und Formularen des Vorstandes zu führen. Die Wahlen zum Verbandstage sollen nicht mehr an einem Sonntage stattfinden. Einige kleinere Anträge wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Hierauf schloß Willers mit kurzen, kernigen Worten den Goutag, um rege Agitation für Durchführung der gefaßten Beschlüsse erlachend.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher in Detmold wurde ohne Streik beendet. Die Gehilfen erzielten eine Lohnzulage von 2 Mk. bis 2,50 Mk. pro Woche.

Erfolgreicher Schneiderstreik. Nach dreiwöchigem Streik haben die Schneidergehilfen in Detmold einen schönen Erfolg erzielt. Es wurde ein Tarif auf die Dauer von 2 Jahren abgeschlossen. Die Lohnerhöhung beträgt 4,50 Mk. im Durchschnitt; überstunden werden in Zukunft auch vergütet. Den Heimarbeitern werden zu den tariflichen Löhnen 7 Proz. Zuschlag gezahlt. Der Erfolg ist der guten Organisation zu danken.

Die Maschinisten und Geizer der Friedrich-Alfredhütte in Rheinhausen haben 210 Mann, die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb steht still. Die Ursache für diese Arbeitsniederlegung ist in der Ablehnung bescheidener Forderungen durch die Direktion zu suchen, auch eine unerträgliche Behandlung der Arbeiter trug dazu bei.

Abermals Streik bei Krupp. Am Betriebe der Krupp'schen „Friedrich-Alfredhütte“ in Rheinhausen haben am Donnerstag plötzlich sämtliche Maschinisten und Geizer die Arbeit eingestellt, weil die Firma den Wunsch der Arbeiter, die im Jahre 1907 gezahlten Löhne wieder einzuführen, ablehnte. Während des letzten Jahres sind die Löhne im Krupp'schen Betriebe verhältnismäßig herabgesetzt. Die Firma wollte nun wohl auf Grund der Vorstellungen einzelner Arbeiter etwas zulegen, was aber von den Maschinisten nicht akzeptiert wurde. Von den in Betracht kommenden Arbeitern sind zirka 200 im Geizer- und Maschinistenverband, 11 im Deutschen Metallarbeiterverband, 11 im christlichen Metallarbeiterverband und 6 bei den Kirch-Duncker'schen organisiert. Der Betrieb ruht vollständig. Es wird ersucht, den Zuzug von Geizern, Maschinisten und Kranführern nach Rheinhausen zu unterlassen.

Zum Bäckerstreik in Frankfurt a. M. Die Lage des Bäckerstreiks ist noch unverändert. Die Zahl der Streikenden beträgt über 500. Was die angeblichen Zusammenschlüsse mit den Streikbrechern anlangt, so teilt die Organisation der Bäckergehilfen mit, daß nach den genaueren Nachforschungen die Vorkommnisse der letzten Tage weit harmloser gewesen seien, als sie geschildert wurden und jedenfalls in keinem Falle von den Streikenden ausgegangen seien. Im übrigen werden auch von den Außenstadteilen vielfache Ausschreitungen gemeldet.

Sieg der streikenden Gärtner in Nürnberg. Die Gärtner und Gärtnerarbeiter in Nürnberg waren am 22. März in den Streik getreten. Infolge nahezu einmütiger Beteiligung — es waren von etwa über hundert nur sehr zehn stehen geblieben — haben die Unternehmer, die vor dem alle Verhandlungen abgelehnt hatten, sich genötigt, nun doch zu verhandeln. Am dritten Ausstandstage fanden die Einigungsverhandlungen statt, und nach Verlauf von vier Stunden kam es zur Vereinbarung eines Tarifvertrages mit dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein. Nach diesem wird die Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt auf 10 1/2 Stunden normiert, die bisher 11 Stunden betrug und teilweise noch ganz unregelmäßig war. Die Löhne werden um 1 bis 2 Mk. die Woche erhöht.

Neue Maßregelungen Privatangehender. Zu Anfang dieses Jahres wurde von der Spielwarenfabrik Gebrüder Bing in Nürnberg ein Ingenieur anlässlich der Wahlen zu den Angestelltenausschüssen bei der dortigen Handelskammer gemahnt. Die Firma scheint nun einen systematischen Kampf gegen die gewerkschaftlich organisierten kaufmännischen und technischen Privatangehender ihres Betriebes unternommen zu haben. Denn in der neuesten Nummer der Deutschen Industriebeamten-Zeitung, dem Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, wird von einer neuen Maßregelung eines Mitgliedes des Bundes berichtet. Schon bei der ersten Maßregelung hatte der Prokurist der Firma ein anderes Bundesmitglied vor die Wahl gestellt: „Bund oder Geschäft.“ Bereits damals wurde berichtet, daß ein wohlorganisiertes Beobachtungs- und Wachungsdienst über die Tätigkeit der Angestellten dieses Betriebes eingerichtet ist. Die Firma hat sogar zu erkennen gegeben, daß ihr der Verkehr der Angestellten untereinander außerhalb des Betriebes nicht erwünscht sei. Der Austritt eines Bundesmitgliedes war von der Firma durch den bei ihr ebenfalls beschäftigten Vater gefordert worden. Auf der andern Seite suchte man unorganisierte Privatangehender durch ein auffallend hervorgehobenes Wohlwollen vor dem Beitritt zur Organisation zu bewahren. Den Schlüsselstein dieses systematischen Kampfes gegen die Koalitionsfreiheit bildet es, wenn die Firma die Unterzeichnung eines Resolutionsvertrages verlangt, daß der Angestellte nicht der verhängten Organisation, dem Bund der technisch-industriellen Beamten, als aktives oder unterstützendes Mitglied während seiner Tätigkeit bei Gebrüder Bing beitreten wird. Die Firma geht in ihrem blinden Haß gegen die Koalitionsfreiheit so weit, daß sie vor eigenem Schaden nicht zurückbleibt. Bei der letzten Maßregelung äußerte der Prokurist: „Die Firma duldet keinen Bund und wenn sie den größten Schaden davon hätte.“ Die Kundschaft der Angestellten und Arbeiter hat in der Spielwarenbranche so große Bedeutung, daß die Schädigung der Firma durch ihren Kampf gegen das Koalitionsrecht schließlich doch bedrohlich werden könnte.

Abermals die Wohlfahrtsfrage der Gerresheimer Glashütte, A.-G. (vorm. Ferd. Peyer). Wir berichteten kürzlich, daß das Düsseldorf-Landgericht entschieden hatte, daß die Firma kein Zurückbehaltungsrecht an den Spargeldern der Arbeiter habe, weil diese Spargelder als ein Teil des Lohnes gelten. Die Firma löste daraufhin die „Sparanlage“ auf. Man sollte nun annehmen, daß mit Auflösung der „Sparanlage“ die Arbeiter auch ihre eingehaltenen Forderungen ausbezahlt erhielten. Bei einigen, die nicht mehr auf der Hütte arbeiten, war das denn auch der Fall. Doch als auch die übrigen Arbeiter ihre Gelder haben wollten, erklärte ihnen der Betriebsleiter, die ersten Auszahlungen seien auf einen Irrtum seinerseits zurückzuführen, es würden keine Spargelder mehr ausbezahlt. So bleibt denn den Arbeitern weiter nichts übrig, als zu klagen, was die Mehrzahl von ihnen natürlich nicht tun wird, um nicht aus Arbeit und Wohnung geworfen zu werden. Das Düsseldorf-Landgericht hatte sich mit fünf Klagen von Arbeitern zu beschäftigen, denen die Glashütte die Auszahlung der Spargelder verweigerte. Es handelte sich um Beträge von 139,75 Mk.; 46,60 Mk.; 39,55 Mk.; 68,58 Mk. und 52,75 Mk., also um für Arbeiter sehr hohe Summen. Auf Grund des Landgerichtsurteils mußte das Gewerbegericht die Mitklagen zur Zahlung verurteilen.

Wie die Firma „ihre“ Arbeiterinnen schätzt, geht aus einer im selben Termin verhandelten Klage einer Arbeiterin der Abteilung Pflanzfabrik hervor. Auch für diese Abteilung besteht eine besondere „Sparanweisung“, eine „freiwillige“ Leistung der Firma. Den Arbeiterinnen werden 10 Proz. ihres Lohnes einbehalten und gutgeschrieben. Der Vertreter der Firma erklärte vor dem Gewerbegericht, die Firma habe diese „Wohlfahrtsanweisung“ ins Leben gerufen, weil die Väter der Mädchen deren Verdienst häufig vertränten, sodaß bei einer event. Verheiratung die Mädchen mittellos dahinschlügen. Die Klage des Mädchens auf Auszahlung ihres 130 Mk. betragenden Sparguthabens wurde abgewiesen, weil der Vater als gesetzlicher Vertreter des Mädchens sich unterschrieben mit dieser „Sparanweisung“ einverstanden erklärt hatte. Bemerkenswert sei noch, daß die Glashütte auch die vom Landgericht so arg mißhandelte Zwangssparkasse auf „anderer Grundlage“ wieder in Umlauf bringt.

Der Fabrikarbeiterverband nahm in den ersten beiden Monaten dieses Jahres um 5000 Mitglieder zu.

Der Mühlenarbeiterverband im Jahre 1909. Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1909 4482 Mitglieder gegen 4341 im Jahre vorher, er nahm also trotz der Krise, in der sich die Mühlenindustrie befindet, um 141 Mitglieder zu. Die Gesamtsumme des Verbandes betragen 112.520,15 Mk. (1908: 108.312,59 Mk.). Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 87.893,14 Mk. (85.040,20 Mk.). Die Gesamtsummen der Hauptkassen betragen 76.478,30 Mk. (75.120,19 Mk.), sodaß der Kassenbestand der Hauptkasse sich um rund 11.000 Mk. auf insgesamt 74.668,13 Mk. vermehrte. Der Verband verfügt über ein gut ausgebautes Unterstützungsweesen, um seine ziemlich verstreut arbeitenden Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Die Hauptkasse zahlte im vergangenen Jahre an Notunterstützung und Umlagegeld 1854,90 Mk., an Eterbegelder 6325 Mk., an Streik- und Gemäßregelunterstützung 8000 Mark., an Arbeitslosenunterstützung 9643 Mk., an Krankenunterstützung 19.762 Mk., an Reiseunterstützung 1942 Mk. Mit den Beständen in den Zahlstellen verfügt der Verband über 31.000 Mk. Barvermögen. Der Verband war an 44 Lohnbewegungen, -Streiks und Aussperrungen mit 1802 seiner Mitglieder beteiligt. In einem besonders heftigen Kampf wurde er verwickelt durch eine von den Unternehmern durchgeführte Aussperrung sämtlicher Mühlenarbeiter in Mittelbrunn, die vom Verbandsrat erfolgreich abgeschlagen wurde. Streikt wurde durch die Bewegungen eine Arbeitszeitverlängerung für 330 Personen von 1134 Stunden pro Woche, Lohnaufbesserungen wurden für 1807 Arbeiter 1909 Mk. pro Woche erzielt. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen traten für 908 Arbeiter außerdem ein. Der Mühlenarbeiterverband steht im Begriff, sich entweder mit dem Verband der Brauereiarbeiter oder dem der Bäcker und Konditoren zu verschmelzen, um dadurch größere Agitationsmöglichkeiten zu bekommen.

Das streikreichste Land. Die neueste Nummer des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht eine Zusammenstellung der Streiks des Jahres 1908 für die wichtigsten Länder Europas. Da sich zufällig eine überragende Ziffer für Deutschland ergibt, so drückt die Unternehmerpresse die Zusammenstellung natürlich sofort unter der ausschließlichen Überschrift „Das streikreichste Land“ nach, gibt sich doch dabei die schönste Gelegenheit, den deutschen freien Gewerkschaften etwas auszuwicheln. Die Ziffern lauten für das Jahr 1908:

Deutschland . . .	1347 Streiks	Ungarn . . .	201 Streiks
Frankreich . . .	1073 „	Holland . . .	108 „
Österreich . . .	721 „	Belgien . . .	104 „
England (einschl. Aussperrungen)	399	Schweiz . . .	98 „

Besonders der traffe Gegensatz zwischen den deutschen und den englischen Streikziffern wird wiederholt für die artigen und gegen die Streikführer der deutschen Ge-

werkschaften ausgenutzt. Hier muß aber den Herren ein gründliches Quantum Wasser in ihren Wein geschüttet werden. Der Bericht der General Federation of Trade Unions für das Jahr 1907 an das internationale Sekretariat der Gewerkschaften sagt zu diesen amtlichen Zusammenstellungen das Folgende: Die Berichte des Handelsministeriums enthalten nur die Fälle, wo zehn und mehr Personen beschäftigt sind. Im Jahre 1908 hat der Verband 897 Streikfälle zu verzeichnen, an denen er beteiligt war, es befanden sich aber darunter nur 195 Fälle, wo zehn und mehr Personen beteiligt waren! Eine Statistik, welche eine so große Anzahl von Streikfällen übergeht, ist von zweifelhaftem Wert.“ So urteilt die englische Landeszentrale über die amtlichen Ziffern. Schon dies eine Beispiel zeigt, wie fragwürdig solche Zusammenstellungen sind. Ganz abgesehen davon, daß in den einzelnen Ländern die Erhebungsmethoden recht verschieden sind. Es ist ja trotzdem möglich, daß Deutschland in den Ziffern der Streiks, und nicht zu vergessen auch der Aussperrungen, an erster Stelle steht; dies ist aber kein absoluter Beweis für die „Streikluft“ der deutschen Arbeiter. Um diese festzustellen, müßten die Ziffern mit der industriellen Produktionsdichtigkeit in Vergleich gesetzt werden. Und dann dürfte auch die besondere Ruppigkeit der führenden deutschen Unternehmer nicht außer acht gelassen werden, der gar zu gern die Politik des „Herrn im eigenen Hause“ verfolgt, eine Politik, die man in andern Ländern in dem Umfange nicht kennt und die für Deutschland auch noch dahin geführt hat, daß es in der Ziffer der Aussperrungen an erster Stelle steht. Diese Tatsache hat man aber wohlweislich vergessen mit hinzuzufügen.

Der französische Gewerkschaftskongress wird vom 8. bis 10. Oktober stattfinden. Derselbe wird allen Anzeichen nach im Zeichen des Sturms und der Klärung stehen. Schon vor 2 Jahren war das Anwachsen der revisionistischen Bewegung — im Gegensatz zur sogenannten syndikalistischen — innerhalb der französischen Gewerkschaften ausgefallen. Inzwischen aber haben sich die Gegensätze noch mehr verschärft, insbesondere, seitdem die Revisionisten, welche etwa den Standpunkt der Deutschen Zentralverbände vertreten, ihr eigenes, alle 14 Tage erscheinendes Organ besitzen, in dem sie die bisherigen offiziellen Methoden der französischen Gewerkschaftszentrale gründlich unter die Lupe nehmen. Zweifelloso wird die Frage der internationalen Verbindungen erneut eine große Rolle auf dem nächsten Kongresse spielen, wie die Syndikalisten jetzt schon drohend betonen. Zu all diesem ist neuerdings noch ein heftiger Zwiespalt zwischen den beiden Richtungen über das 3. Ht. dem Parlamente vorliegende Altersrentengesetz ausgebrochen, das offiziell von der Gewerkschaftszentrale bekämpft, von einem ständig größer werdenden Teile der Gewerkschaftler, speziell den Revisionisten, jedoch als eine vorläufige Abschlagszahlung, angenommen wird.

Schiedsgerichtliche Beilegung von Arbeitskämpfen in England in 1907 bis 1909. Die schiedsgerichtliche Beilegung von wirtschaftlichen Kämpfen durch die Vermittlung des Handelsministeriums, wie sie durch das Gesetz vom Jahre 1896 vorgegeben ist, gewinnt in England von Jahr zu Jahr an Bedeutung. Dies war besonders in der letzten Berichtsperiode — 1. Juli 1907 bis Ende 1909 — zu beobachten, in der nicht nur die wirtschaftliche Stagnation und spätere Krise eine natürliche Beilegung entstehender Differenzen oft als ratsam erscheinen lassen mochte, sondern in welcher die Gewerkschaften infolge ihrer raschen Entwicklung einen immer größeren Einfluß gewannen, sodaß sogar viele der früheren konsequentesten Vertreter des Manchesterismus ihrem Widerwillen gegen jedwede Unterhandlung mit Gewerkschaftsvertretern wohl oder übel Zwang antun mußten. Andererseits aber macht sich in der englischen Arbeiterchaft — und von den bedeutendsten Führern wird das zurzeit lebhaft debattiert — eine wachsende Antipathie gegen den Streit als allgemeines Kampfmittel überhaupt geltend. Seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden insgesamt 365 Streitfälle durch die Vermittlung des Handelsministeriums beigelegt. Der Antrag auf Vermittlung des Handelsministeriums war in 234 Fällen von beiden Parteien, in 82 Fällen nur von den Arbeitern, und in 24 Fällen nur von den Unternehmern gestellt worden. Von der Gesamtzahl wurden nicht weniger als 133 Fälle in den letzten 2 1/2 Jahren erledigt. Die wichtigsten Fälle der letzten Berichtsperiode betrafen die Eisenbahner (in ganz Großbritannien), Maschinenbau-Industrie (Nord-Mit-Röhre), Schiffsbau (Nord-Mit-Röhre), dieser Kampf in der Schiffsbauindustrie hatte bekanntlich auch die Arbeitsniederlegung in allen großen Schiffsbauplätzen zur Folge, sowie die der Kohlenbergleute in Schottland. Für die Eisenbahner wurden Einigungsämter, die eventl. einen Schiedspruch herbeiführen können, für jede der beteiligten Eisenbahnen geschaffen, zu deren Obliegenheiten die Regelung der Löhne und Arbeitszeiten gehört. Auch für die Schiffsbauindustrie wurden Einigungsämter geschaffen. Das gleiche geschah für die Straßenbahn-Angestellten des Londoner Grasschaftsrates.

Ausstand in Tunis. Nach einem Telegramm aus Tunis sind die Hafenarbeiter in den Ausstand getreten, nachdem sie vernommen hatten, daß die Frage der Lenzabahn von der Kammer noch nicht erledigt worden sei. Sie veranstalteten Straßendemonstrationen. Die Gendarmerie belegte die Straß. Bisher ist es zu keinen ernstlichen Zwischenfällen gekommen.

Das Ende des Generalstreiks in Philadelphia? Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Philadelphia telegraphiert: Der Generalstreik in der Stadt Philadelphia ist infolge der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Textilarbeiter-Union völlig zusammengebrochen. Infolgedessen haben auch die Delegierten der pennsylvanischen Gewerkschaften den Generalstreik für den ganzen Staat Pennsylvania endgültig verworfen. — Ob sich die Meldung bewahrheitet, steht allerdings noch dahin.

Vom Klassenkampf auf Hawaii. Die Zucker-Plantagenbesitzer in Honolulu auf der Insel Hawaii — zur Gruppe der Sandwich-Inseln gehörend — sind als die rückfichtlosesten Unternehmer sogar im fremden Osten verrufen. Vor Jahren beschäftigten sie Chinesen, dann Japaner, Italiener und Spanier; doch die einen streikten, die anderen gingen sogar mit schärfsten Gewaltmitteln, die oft viele Menschenleben kosteten, gegen ihre Unterdrücker vor. Im vorigen Jahre hat man es nun mit einer womöglich noch rücksichtloseren Arbeiterchaft versucht, indem man 300 Arbeiter aus dem östlichen Rußland importierte. Doch sogar auf diese haben die Zustände auf Hawaii rasch aufklärend gewirkt. Sie verweigerten kürzlich die Wiederaufnahme der Arbeit, zumal ihnen nicht die ausbedungenen Löhne ausbezahlt wurden. Sie haben den russischen Gesandten in Washington um Schutz angerufen, werden da aber wahrscheinlich eine neue Lektion über die Interessengemeinschaft der Unternehmer und der Regierung zu hören bekommen.

Tabaksteuer und kaufmännische Angestellte. Zur Entschädigung der durch die Tabaksteuer brotlos gewordenen Arbeiter, Hausgewerbetreibenden, Wertmeister und sonstigen Angestellten wurden vom Reichstage 4 Millionen Mark be-

willigt. Aus den Verhandlungen geht nicht klar hervor, ob auch die kaufmännischen Angestellten zu den Entschädigungsberechtigten gehören. Deshalb wandte sich ein kaufmännischer Verband an den Bundesrat und das Reichsschatzamt um Klarstellung. Nach eingehenden Erörterungen hat sich die Reichsregierung dahin geäußert, Unterstufungsanprüche der Handlungsgeschilfen nicht anzuerkennen, da das Gesetz nur die Arbeiter im engeren Sinne des Wortes unterstützen wolle. Eine Ausdehnung des Kreises der Unterstufungsberechtigten ließe sich um so weniger rechtfertigen, als dadurch die nach dem Gesetz den Arbeitern zugedachten Unterstufungen geschwächt werden würden.

Hungernde Kinder. Die Zentralstelle für Volkswohl fährt hat eine Umfrage über die Ernährungsverhältnisse der Volksschulkinder in Deutschland veranstaltet. Das Resultat der Untersuchungen, an dem sich 126 Städte beteiligt haben, soll der Regierung unterbreitet werden. Auch der Öffentlichkeit sind die Ergebnisse zugänglich gemacht worden. Sie legen bereites Zeugnis ab von dem grenzenlosen Elend, das in weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht. So wurde festgestellt, daß im Winter 22.000, im Sommer sogar 86.000 Kinder des morgens hungrig in die Schule gehen müssen. Noch größer ist die Zahl derjenigen, die in unzureichender Art oder nicht genügend ernährt werden. Kaum 10 Prozent aller Kinder erhalten z. B. ein Milchfrühstück, 80 Prozent müssen sich mit allerlei Surrogaten begnügen, 180.000 Schulkinder im Winter und 118.000 im Sommer bekamen kein warmes Mittagessen, und 22.000 Kinder mußten ohne Abendessen zu Bett gehen. Als Gründe für diese elenden Verhältnisse werden von der Zentralstelle Armut der Eltern, die Erwerbslosigkeit der Frau außer dem Hause und Nachlässigkeit der Mütter angegeben.

Der Bericht kommt auch auf die Schulpeinung zu sprechen. Den Vorschlag, die Schulpeinung gesetzlich zu regeln, erkennt die Zentralstelle nicht an, sie will die Speisung der Kinder nach anderen Grundfragen ausgeführt sehen als bisher, und macht dazu folgenden Vorschlag: Es soll dahin gewirkt werden, daß unzulänglich beaufsichtigte Schulkinder bei Abwesenheit beider Eltern oder bei alleinstehenden Müttern tagsüber in sogenannten Tagesheimstätten, die in der Nähe der Schule liegen sollen, untergebracht werden können, gegen Ertrag der Kosten bei erwerbstätigen Eltern, und gegen teilweisen Ertrag bei alleinstehenden bedürftigen Müttern. Die Kinder, die auch zwangsweise der Heimstätte zugeführt werden können, sind vollständig zu versorgen und bei Schulaufgaben und anderen Dingen zu beaufsichtigen. Bis zur Einführung eines derartigen Systems sollen die bestehenden Einrichtungen erweitert werden. Des weiteren verlangt die Zentrale eine Aufklärung der Mütter durch Verteilung von Ernährungsblättern bei der Einschulung der Kinder und Veranstaltung von auffällenden Vorträgen an den Elternabenden. Nötigenfalls soll bei nachlässigen Eltern die gebotene Fürsorge mit Gewalt erzwungen werden.

Eine Petition, betreffend die Verarbeitung von Celluloid haben die Vorstände des Holzarbeiterverbandes, des Buchbinderverbandes und des Verbandes der Fabrikarbeiter an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet. Gegenstand der Petition ist die Forderung einer Bundesratsverordnung zur Abwendung von Feuergefahr in Celluloid verarbeitenden Betrieben. Die mit der zunehmenden Verwendung von Celluloid wachsende Brandgefahr in den Betrieben, die diesen neuen Rohstoff verarbeiten, hat eine lebhafteste Beunruhigung unter den beteiligten Arbeitern hervorgebracht. Celluloid, das in der Kamminindustrie, in der Stofffabrikation, bei der Herstellung von Schirmen, in der Galanteriewaren- und Luxuspapierfabrikation usw. mannigfache Verwendung findet, ist in hohem Maße brand- und explosionsgefährlich. Und zwar entzündet sich namentlich mindere Qualitäten schon bei ganz niedrigen Temperaturen. Mit dieser Gefahr haben die Sicherheitsmaßnahmen in den Fabrikationsräumen nicht Schritt gehalten. Zahlreiche Brände, bei denen Menschenleben umkamen, in anderen Fällen in erheblicher Gefahr schwebten, waren die Folge. Seit Jahr und Tag haben die Arbeiter, die unter diesen gefährlichen Umständen ihren Lebensunterhalt verdienen mußten, versucht, die Öffentlichkeit auf diese außerordentliche Gefahr aufmerksam zu machen. In zahlreichen Städten der Celluloidindustrie haben in den letzten Jahren Arbeiterversammlungen stattgefunden, in denen der Wunsch um Maßnahmen zur Einschränkung der Feuergefahr in Celluloid verarbeitenden Betrieben zum Ausdruck gebracht wurde. Jetzt haben sich die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen der Sache angenommen und gemeinsam eine Petition an den Bundesrat und Reichstag um Erlass einer Bundesratsverordnung für die in der Celluloidbranche beschäftigten Arbeiter gerichtet. Die Eingabe stützt sich in der Hauptsache auf vom Holzarbeiterverband und Buchbinderverband veranlasseten Enquêtes. Außerdem ist ihr ein ausführliches Gutachten des Professor Dr. E. H. Petersen beigegeben. Geordert wird zunächst, daß die Celluloid verarbeitenden Betriebe konzeptionspflichtig nach § 16 der G. O. gemacht werden. Die Arbeitsräume sollen nur zur ebenen Erde oder in der obersten Etage eines Hauses liegen und die Räume, in denen Celluloid verarbeitet wird, getrennt von den übrigen Räumen eines gemischten Betriebes gehalten werden. Die Räume sollen ferner so geräumig und die darin befindlichen Maschinen so aufgestellt sein, daß den Arbeitern im Falle der Gefahr eine schnelle Flucht ermöglicht wird. Aus dem gleichen Grunde soll auf freie Ausgänge größere Sorgfalt gelegt werden. Als besondere Brandgefahr gelten die bei der Fabrikation entstehenden Abfälle. Die feinen Späne, die bei der Verarbeitung des Materials entstehen, entzünden sich sehr leicht, z. B. schon durch Warmlaufen an der Fräsmaschine. Die Aufbewahrung und Beseitigung von Abfällen bedarf deshalb besonderer Aufmerksamkeit. Heizung und Licht sollen in den Arbeitsräumen ohne offenes Licht beschafft werden. Die Beschäftigung von jugendlichen Personen, Hausarbeit und Verarbeitung von Celluloid im Gefangnis soll verboten sein. — Das in kurzen Zügen der Inhalt der ziemlich umfangreichen Petition, der eine gleiche Materie behandelnde österreichische Verordnung als Anhang beigegeben ist.

Aus dem Gerichtssaal.

Gegen Wahlrechts-Demonstranten gehen die Breslauer Richter fast täglich vor. Aber während sie in den ersten Tagen ein „Hoch“ mit 10 Mk. bewerteten, kostete es am zweiten Verhandlungstage bereits 15 Mk., am dritten 20 Mk. und am vierten gar schon eine Woche Haft! Die ersten Strafbefehle lauteten fast durchweg — sie waren vom frischen Zorn diktiert! — auf 4 bis 8 Wochen Haft! Und ganz wie in Berlin und anderen Polizeizentren werden auch in Breslau als Zeugen nur Schutzleute vernommen. Da man diese Staatsfugenen nicht zu Wählern zweiter Klasse machen will, bemerkt man sie als Schwärzende, sich nie irrende Zeugen um so höher. Die „Volksmacht“ hat bereits festgestellt und öffentlich angedeutet, daß die Staatsanwaltschaft Zeugen, die in der Voruntersuchung bereits vernommen worden waren, einfach nicht hat laden lassen, weil ihre Aussagen — der Polizei sehr unangenehm waren! Die Anklagebehörde reagiert darauf gar nicht. Dafür aber bekommt sie folgendes fertig: Sie beantragte in ein und ver-

Soziales.

selben Gerichtsverhandlung gegen einige Hochrufer oder bis acht Wochen Haft, dagegen gegen einen Trunkenbold, der Raub gemacht und allerlei Unfug getrieben, Sachen demoliert und dergleichen Straftaten begangen hatte — 15 Mark Geldstrafe. Man kommt also wesentlich besser weg, wenn man es mit dem Schnaps der Junker anstatt mit den Forderungen des Volkes hält. . . . Auch die Holzgel in der Oberelbsitz schickt den Knecht. Sie hat einen Abtinenten in Strafe genommen, nur weil er Blatte: „Trinkt keinen Schnaps!“ herumgetragen hatte. „Trinkt den Fusel unserer Junker!“ ist jedenfalls erlaubt. Und das verlangt Vertrauen und Respekt vom Volke!

Ein feiner Distriktskommissar. Einiges Licht auf das Verhalten eines zur Vertilgung der Polen eingefetzten Distriktskommissars verbreitete eine Schöffengerichtsverhandlung in Posen. Vor dem Schöffengericht in Posen hatte sich der Kaufmann Hugo Noack wegen Verleitung des Distriktskommissars Wittmeister v. Keller, dem er in einer Eingabe an das Amtsgericht in Schrimm den Vorwurf der Bestechlichkeit machte, zu verantworten. Noack hatte in dem Ausflugsorte Unterberg ein Gebäude errichtet und verlangte dafür die Schankkonzession, die der Kommissar verweigerte. In der mündlichen Verhandlung auf dem Landratsamt soll der Landrat v. Kirchhoff den Noack einen Landstreicher genannt haben, worauf Noack den Landrat wegen Verleumdung verklagte und vor dem Schöffengericht in Schrimm behauptete, der Landrat wisse von dem Treiben des Distriktskommissars und verschleierte dieses. Nun klagte der Kommissar gegen Noack wegen verleumdender Verleumdung. Der Angeklagte erbot sich, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß im Bezirk allgemein von der Bestechlichkeit von Keller gesprochen wurde. Ferner befandete Restaurateur Gehl, daß im Herbst 1908 der Kommissar von ihm ein Darlehen von 300 Mk. verlangt habe, er habe ihm dieses gegeben und dafür die Versicherung erhalten, daß v. Keller an Orte und in der Umgebung keine weiteren Konzessionsgesuche mehr genehmigen werde. Trotzdem sei nach einiger Zeit eine neue Konzession erteilt worden. Darüber von Gehl zur Rechenschaft gezogen, habe v. Keller den Betrag zurückgesandt. Ein Gastwirt Morawski befandete, daß er dem Kommissar 400 Mk. geliehen habe, die er jetzt noch zu erhalten habe. Ob das Darlehen Entgelt für die Verlängerung der Konzession in seinem Votum sei, will der Zeuge nicht mehr wissen. Ähnliches befandete noch mehrere Zeugen. Der Kommissar mußte selbst zugeben, daß er von den Kaufleuten Böhmer u. Breul und Hoffmann, die in Unterberg Bauten ausführten, größere Beträge geliehen erhalten habe. Der Verteidiger geisterte mit scharfen Worten dieses Verhalten eines königlichen Kommissars, der durch seine Pumpereien die Reichsleute von ihm abhängig mache. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Noack trotzdem zu 200 Mk. Geldstrafe. Es betonte, daß das nicht ganz einwandfreie Verhalten des Kommissars v. Keller zugunsten des Angeklagten berücksichtigt worden sei.

Zus Gesicht gespuckt. Eine unglaubliche Gemeinheit leistete sich vor einiger Zeit der aus Dresden gebürtige Unteroffizier Heß vom 102. Jäger-Infanterie-Regiment. Er spuckte während der Instruktion eines Soldaten, der keine richtige Antwort zu geben mußte, mit dem Worte: „Wai!“ ins Gesicht. Am 4. Dezember schloßen verschiedene Leute seiner Korporalschaft während einer Übung auf den Schießständen schlecht. Heß ließ seinen Unmut auf dem Rückwege nach der Kaserne an den Rekruten in der rigorossten Weise aus. Als einige Leute auf seine Frage nach den Namen der umliegenden Berge keine Antwort zu geben vermochten, schnitt er ihnen die Knöpfe vom Waffengürtel ab. Dann führte er die Leute von der Kunststraße auf einen aufgeweichten Feldweg und ließ sie hier Laufschrift machen und sich öfter auf den Boden niederlegen. Während einer Pause sollten die atmungslosen Soldaten dann noch ein Lied singen; sie waren aber dazu nicht imstande. Als einige Zivilisten ihrer Empörung über diese sonderbare Art von Soldatenerziehung Luft machten, ließ Heß die Leute in Ruhe. In einer ganzen Anzahl von Fällen hat der Unteroffizier noch die Rekruten angeborst und bestrogt. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und Degradation.

Eine zärtliche Ehefrau scheint die Hüttenarbeiterfrau Franziska Tobias aus Zamodzie zu sein. Sie wurde von der Strafkammer in Weutchen zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet, weil sie ihrem Ehemann ein Auge ausgestochen hatte, so daß er auf beiden Augen erblindete.

Aus Nah und Fern.

Die Anklage gegen Bruhn. In der Bruhnschen Expressionsaffäre ist nunmehr die Anklage erhoben worden. Sie richtet sich, wie aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, nicht nur gegen die Verleger der „Wahrheit“ Wilhelm und Paul Bruhn, sondern auch gegen den Redakteur Dietrich. Die Anklage wirkt den Angeklagten zehn Fälle der versuchten und vollendeten Expressions vor. Die Anklageschrift, die augenblicklich verfertigt wird, sollen etwa 60 Seiten umfassen. Geladen werden voraussichtlich zirka 50 Zeugen, darunter die Verteidiger des früheren Redakteurs der „Wahrheit“ Dähfel, die Rechtsanwältin Dr. Werthauer und Dr. Puppe, sowie der Inhaber eines hiesigen bekannten Warenhauses und der Inhaber eines Nachtlokals. Nach Lage der Sache wird die Hauptverhandlung wohl erst Anfang Mai stattfinden.

Mordmord. In Schönwalde im Spreewald töte eine unbekannte Frau ihren angeblichen Mann, mit dem sie in einem dortigen Gasthof eingekerkert war, durch Mithilfe auf Kopf und Hals und beraubte ihn. Die Mörderin ist flüchtig.

Knoblauchreich? Aus Berlin wird berichtet: In der Nähe von Friedrichshagen wurde gestern auf einen Berlin-Breslauer Schnellzug ein Revolver schuß abgegeben, der die Fenster Scheiben eines Abteils 3. Klasse zertrümmerte. Die Glassplitter wurden von der vorgezogenen Gardine aufgefangen.

Verbrannt. In Konstanz kam am Mittwoch bei einem Zimmerbrand der 84jährige Professor Beschier ums Leben.

2 Kinder zermalmt. Ein elfjähriger Junge und seine 14jährige Schwester wurden von dem Zuge Posen-Breslau in Dembin (Kreis Posen) ertrast und zermalmt; sie hatten auf dem Bahngleise gespielt.

Schwarze Boden. In Mühlheim (Thüringen) sind nach einer Meldung der „Magdeburger Zeitung“ 35 Fälle von schwarzen Boden festgestellt. Eine polnische Arbeiterin ist bereits gestorben.

Begnadigt. Der Lügler Kother, der am 20. November v. J. vom Schwurgericht zu Leipzig wegen Vergiftung seiner Frau und seines Töchterchens durch Beibringen von Zorn verurteilt worden war, ist vom König

von Sachsen zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Betrug beim Viehhandel. Wie der Betrug beim Viehhandel durch die Landwirte in Schwung gekommen ist, zeigen die Ergebnisse der Berliner Schlachtwiehversehung vereinigter Viehkommissionäre. Entschädigt werden von dieser Schweinetrachten im Gewichte von über 4 kg; hierfür sind im abgelaufenen Jahre rund 172 000 Mk. ausgegeben worden, gegenüber 74 000 Mk. in den Jahren 1900 und 1901. In dieser kurzen Spanne Zeit sind die Entschädigungen mit hin um 100 000 Mk. oder fast 150 Proz. gestiegen, ein Zeichen, in welchem rascher Weise sich die Unsitte eingebürgert hat, die zur Mast bestimmten weiblichen Schweine vorher auch noch decken zu lassen, um beim Verkauf von Lebendgewicht einen unlauteren Vorteil zu erzielen.

„Attentat“ auf nationalliberale Attentoren. Die „Nationallib. Korresp.“ weiß von einem „Attentat“ zu berichten. In der Nähe eines ostelbischen Dorfes wurde am Donnerstag voriger Woche in ein Abteil 2. Klasse des Zuges Gdtkubnen-Vorlin geschossen. In diesem Abteil saßen die Generalsekretäre der nationalliberalen Partei Breithaupt und Kalkoff, sowie der Landwirt Kreißer vom deutschen Bauernbund, die sich auf der Rückreise von Lpt. wo sie in die Wahltagelationen eingegriffen hatten, befanden. Verletzt wurde niemand. Ob die „Nat. Korresp.“ in dem Vorfall ein politisches Moment erblickt, wird nicht gesagt.

Kampf zwischen Polizisten und Einbrechern. In der Villa des sächsischen Kriegsministers Freiherrn v. Hausen in Oberschönbich, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Dresden berichtet wird, eingebrochen worden. Die Polizei rückte sofort in Stärke von sechs Mann nach der Villa ab, wurde aber von den Einbrechern, die sich im Grundstück verschanz hatten, kampfesmutig empfangen. Als schließlich die Polizei mit der Waffe vorging und Schüsse gewechselt wurden, flüchteten die Einbrecher auf das Dach der Villa, wo ein verzweifelter Kampf stattfand. Schließlich gelang es, die Einbrecher zu verhaften. Es handelt sich um sechs schwere Verbrecher, die von vielen Polizeibehörden gesucht werden.

Ein Mordversuch ist am Donnerstag in früher Morgenstunde in Leipzig auf ein bei einer alleinkehenden Privatierin in Stellung befindliches Dienstmädchen verübt. In der Wohnung Liviastraße 2 wurde die 20 Jahre alte Hulda Seyffert in einer Blutlache mit einem Flederstrauß in der Hand besinnungslos aufgefunden. Im Krankenhaus wurden ein schwerer Schädelbruch und andere Verletzungen festgestellt. Anscheinend handelt es sich um einen wohlüberlegten Überfall.

Ein ungetreuer Beamter. Der zuletzt bei dem Postamt in Obernhau in Sachsen beschäftigt gewesene Postassistent Hermann Max Golsche ist seit 17. März, nach Unterschlagung von Wertbriefen mit einem Wertinhalt von 30 000 Mk. flüchtig. Die auf die Ergreifung des Golsche und die Verbeisichtigung des Geldes ausgeschickte Belohnung ist auf 800 Mk. erhöht worden.

Schrecklicher Tod. Im Gas- und Wasserwerk zu Hannover sind der Betriebsleiter und ein Arbeiter infolge Einatmens giftiger Gase in den Ammoniakwasserbehälter gestürzt und ertrunken.

Über eine Skandalgeschichte wird vom „Frank. Kurier“ aus Karlsruhe folgende berichtet: Nicht weniger als 15 schulpflichtige Mädchen sollen verführt worden sein. Zwei Einwohner, die aber nicht die einzigen sein sollen, die sich so schwer vergangen haben, wurden verhaftet. Als Kupplerin fungierte ein 16jähriges Mädchen. Dieses, die Tochter eines Geschäftsmannes, hat Herrenempfang veranstaltet und den Herren junge Mädchen zugeführt.

Familien-Dramen. Aus Trier wird gemeldet: Der frühere Wirt und jetzige Brauereiarbeiter Weiler durchschnitt in der letzten Nacht seinen zwei Kindern mit dem Rasiermesser den Hals und verlegte sich dann selbst auf gleiche Weise lebensgefährlich. Anscheinend ist er irrsinnig. Seine Frau sollte heute aus dem Krankenhaus entlassen werden. — In Frankfurt a. M. schoß die Frau des früheren Direktors der Handelslehreanstalt für Mädchen und jetzigen Privatlehrers Koch auf ihren Mann und verletzte ihn schwer am Arm. Sie stellte sich selbst der Polizei und gab an, sie habe im Einverständnis mit ihren drei Kindern beschlossen, ihren Mann wegen unmoralischen Lebenswandels zu töten. Dieser stand seit Jahren in Beziehungen zu einem jungen Mädchen.

Die Explosion in der Kölner Maschinenfabrik Hiedemann hat jetzt das fünfte Opfer gefordert: Der 34jährige Nachtwächter der Fabrik, der gleichfalls durch Einatmen der Schwefelämpfe schwer verletzt wurde, ist im Hospital gestorben.

Gestrandete Dampfer. Sonntagabend strandete an der Westküste von Jütland in dichtem Nebel der schwedische Dampfer „Blaxie“ und der norwegische Dampfer „St. Helena“. Die Lage beider Dampfer, die mit Kohlen beladen sind und eine Besatzung von 17 und 15 Mann haben, ist infolge des stürmischen Wetters sehr gefährdet.

Eusefliche Brandkatastrophe in Ungarn. In der Gemeinde Deförto brach in einer als Ballsaal benutzten Wagenremise eines Gasthofes Feuer aus. Darin befanden sich mehrere hundert Personen, die bei der entstandenen Panik einander niederraten. Die niederstürzende glühende Decke begrub mehrere hundert Personen unter sich. Die mit Menschen dichtgefüllte Scheune, in der ein Ball abgehalten wurde, war noch von einer früheren Festlichkeit mit Fichtenzweigen geschmückt, außerdem wurden Leichter mit brennenden Kerzen angebracht. Auch wurde der einzige schmale Zugang verrammelt, damit niemand ohne Billett hineinkamte. Die Festlichkeit war im Gange, als ein Fichtenzweig in Brand geriet. Das Feuer verbreitete sich schnell. Es entstand eine Panik. In dem Bestreben sich zu retten, stauten sich die Eingeschlossenen in dem Gange und stürzten sich übereinander, so daß Rettung unmöglich war. Das Feuer verbreitete sich unaufhaltsam, bis die Scheune einstürzte. Über 130 Personen kamen bei der Katastrophe ums Leben, über 250 Schwerverletzte wurden aus den Trümmern geholt. Noch werden Weherufe aus der Trümmern vernommen. In der ganzen Umgegend ist nicht ein Ort, der nicht von dem Unglück betroffen wurde, da von jedem Ort Einwohner nach dem Fest gegangen waren. Es ist noch gelungen, weitere drei zu retten. Von allen Seiten treffen Ärzte zur Hilfeleistung ein. Zur Bergung der Toten ist Militär aufgeboden worden.

Sehen Sie, das ist ein Geschäft. . . . In Zürich wurde ein aus Norddeutschland stammender Mann mit seiner Geliebten verhaftet. Beide hatten die Fabrikation von Hundertmark Scheinen betrieben. Pressen, Steine und Massenvordrucke wurden mit Beschlag belegt. Die Druckerei war seit zwei Monaten eingerichtet.

Unfall im Theater. Am Mittwoch ereignete sich bei der Vorstellung des Barifer Schwanks „Im Laubenschlag“ im Frankfurter Kestbenztheater ein schwerer Unfall. Dem Schauspieler Hans Morton, der sich durch ein Fenster auf die Bühne herabzulassen hat, drang beim Niederbespringen eine Nagelkeile in den rechten Oberschenkel. Das Stille mußte ohne den Schauspieler zu Ende geführt werden. Der Verletzte wurde von der Rettungswache in das städtische Krankenhaus übergeführt.

Geoffener. In Leonberg bei Malmshelm sind fünf Wohnhäuser nebst fünf Scheunen abgebrannt. Fünf Familien sind obdachlos.

Ein Vorspiel zum Fall Hofrichter. Der Professor Salomon Turtmann des Garnisonarrestes in Wien wurde mit rechtskräftigem Urteil des Garnisongerichtes Wien vom 28. März wegen Mißbrauchs der Amts- und Dienstgewalt und des Verbrechens der Vorsublektion zu schwerem verstärkten Kerker für die Dauer von drei Jahren verurteilt. Wie erinnerlich, hatte Turtmann mehrere Briefe des Oberleutnants Hofrichter aus dem Garnisonarrest an Angehörige Hofrichters geschmuggelt.

Unfall auf einem amerikanischen Kreuzer. Auf dem amerikanischen Kreuzer „Charleston“ ist bei einer Schießübung ein Geschütz zersprungen. Acht Mann sind getötet oder verletzt.

Der Ausbruch des Aetna hat nach den neuesten Meldungen seinen Höhepunkt erreicht. Wie aus Catania telegraphiert wird, ist der die Ortschaft Vorrello bedrohende Lavastrom gestern vormittag zum Stillstand gekommen; die nach der Ebene von Lisi vorrückende Lava fließt langsamer. Die Beobachtung fängt an, sich zu beruhigen. — Nach neueren Meldungen nimmt der Ausbruch des Aetna wieder größeren Umfang an.

Verhaftung einer Gräfin. Auf Veranlassung der Züricher Polizeibehörde wurde einer Meldung aus München zufolge dort eine von Zürich zugereiste hochangesehene Gräfin, die seit einigen Tagen mit ihrer Mutter in einem Münchener Pensionat wohnte, verhaftet. Die junge Dame soll Betrügereien in der Höhe von weit über 200 000 Francs verübt haben. Die Münchener Polizei verweigert die Angabe des Namens der Gräfin unter Berufung auf das Amtsgeheimnis.

Erbeben. In Oberförlern ist Donnerstag nachmittags gegen 3½ Uhr ein sehr starkes Erdbeben gespürt worden. In der Stadt Muraun flüchteten die Bewohner aus den Häusern, von denen Dachziegel herabstürzten. Das Beben dauerte fünf Sekunden und bewegte sich in östwestlicher Richtung.

Brandkatastrophe in Chicago. In Chicago entstand durch eine Benzin-Explosion im obersten Stockwerk eines vierstöckigen Warenhauses ein Großfeuer. Das Warenhaus wurde vollständig zerstört. Zwölf Menschen sollen getötet worden sein. Ein junges Mädchen, das aus der dritten Etage auf die Straße sprang, wurde schwer verletzt und starb im Krankenhaus.

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 13 des 20. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Uns Frauenwahrheit. Von Luise Zieg. — Die Wahlrechtsfrage des Schnapsbrotts. Von H. B. — Zur Wahlrechtsbewegung in Preußen. Von Berta Thalheimer. — Zur Frauenkonferenz. I. Von G. Unger. II. Von Elisabeth Schulze. — Das Verhältnis zwischen der Mutter und dem ehelichen Kinde. II. Von Ernst Oberholzer. — Ein Erlebnis aus der Lehrzeit meines Sohnes. Von a. n. — Aus der Bewegung: Stellungnahme zur Frauenkonferenz der Genossinnen in Mannheim und Meßsen. — Von der Agitation. — Situationsbericht aus Mecklenburg. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von H. — Der deutsche Holzarbeiterverband. Von H. — Notizenteil: Dienstoffensagen. — Soziale Gelehrte. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Fürsorge für Schulkinder. — Verschiedenes. — Für unsere Mütter und Hausfrauen: Moderne Ode. Von Otto Erich Hartleben. — Über unsere Kraft. IV. — Lesewütige Kinder. Von E. B. W. — Das Wesen des Krebses. Von Dr. Bettina Steining. — Für die Hausfrau. — Feuilleton: Sonnenaufgang. Von Gottfried Keller. — Der heilige Tag. Von Paul Enderling. — Märztag. Von Detlev v. Liliencron. — Für unsere Kinder: Frühling. Von V. Schanz. (Gebicht.) — Auf einem alten Kirchturn. Von ed. — Der verborgene Garten. Von Brand. — Handwerksbursch und Böglein. Von Georg Julius. (Gebicht.) — Der Osterhase. Von Else West. — hinaus! Von M. F. (Gebicht.) — Wie Gullenspiegel in Prag vor den Studenten bestand. — Rippchen auf Reisen. Von Emma Bötz. (Gebicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 7. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor: Bilder: Das volksfreundliche Zentrum. Von Erich Schilling. — Mißglück. Von M. Strauß. — Herr v. Jagow auf dem Kriegspfade. Von M. Strauß. — Der Kanzler im Zweifel. Von M. Strauß. — Zur Kritik! Von G. Graf. — Friedensstörer. Von Rudolf Wolf. — Schuß für Schulleute. Von Richard Hoff. — Aus Bayern. Von H. G. Jenisch. — Krafthilfe am Javelstein. Von A. F. Müller. — Bilder aus dem glorreichen Kampf der Berliner Schutzmannschaft am 6. März. Von M. Aufschow. — Einsicht. Von A. Fiedler. — Zentrumsergeiz. Von M. Grieb. — Bei Geheimrats. Von P. Hefling. — Letzt: Ein schön neu Lied. Von Max Hoffmann. — Wahlrechtsgedanken. Von T. — Dimitri Dostojewitsch Ruppelack. Spigel in Petersburg, an Wladimir Iwanowitsch Lumpinsky, Spigel in Berlin. — Graf von Bon P. E. — Jagow, wo bist du? — Lieber Jacob! Von Gotthilf Nauke. — Der Berliner Polizeipräsident in Nöden. Von Tobias. — Der Ruhmestag des Herrn v. Jagow oder die Lösung des großen Rätsels. — Regenerungsferien. Von J. S. — Spiritus. — Sächsisches Stachel. — Schlechtes Gewissen. Von H. H. — Das Schema F. Von T. — Auf dem Kriminalbureau. — Polizeianleitung in China. — Regierungskunst. Von Balduin. — Öttern. Von Alfred Scholz. — Konstantandenstunde. Von F. Franz. — Nationalliberale Wahlrechtskampflied. Von Tobias. — Und Roeren sprach. Von Balduin. — usw.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: E. H. Schwart. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.